

# Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in  
Leipzig, Zeiser Straße 30, IV.,  
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postkassen-Konto Leipzig 56383; Kaffierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 18

Sonnabend, den 4. Mai 1929

33. Jahrgang

## Zahlen und zahlen

Mit Zahlen zu operieren ist nicht jedermanns Sache. Für viele sind sie zu langweiliger und trodener Natur, um ihnen Geschmack abzugewinnen zu können. Direkt unangenehm werden sie jedoch, wenn sich die Zahlen mit Verpflichtungen verbinden, d. h. wenn man zahlen soll! Macht sich das schon im gewöhnlichen Leben bemerkbar, so noch mehr, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse in Zahlen erschweren oder es nur unter großen Entbehrungen möglich machen, die unter Umständen die wirtschaftliche Existenz in Frage zu stellen geeignet sind.

In dieser Lage befindet sich das deutsche Volk, zum mindesten die arbeitenden Bevölkerungsschichten. Die deutsche Wirtschaftsmaschine ächzt und stöhnt unter der wirtschaftlichen Depression, die nun schon seit über ein Jahr auf ihr lastet. Wohl ist die Arbeitslosigkeit in langsamer Abnahme begriffen, doch noch immer außerordentlich groß. Ende März wurden rund 2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger gezählt, wovon 1 456 000 Personen auf die Arbeitslosenversicherung, 428 000 auf die Sonderfürsorge für berufsübliche Arbeitslose und 192 000 auf die Krisenfürsorge entfielen. Den höchsten Stand erreichte die Arbeitslosigkeit Ende Februar d. J. mit über 3 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr, wo die Arbeitslosenziffer um die gleiche Zeit rund 1,5 Millionen betrug, ist also eine gewaltige Uebersteigerung zu verzeichnen.

Diese katastrophale Entwicklung der deutschen Wirtschaft kommt auch in dem Bericht der Reichsversicherungsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über ihre seitherige Tätigkeit nach den verschiedensten Richtungen zum klaren Ausdruck. Bekanntlich ist die Arbeitslosenversicherung am 1. Oktober 1927 ins Leben getreten. In der von diesem Zeitpunkt an bis zum 31. Dezember 1928 verlaufenen Geschäftsperiode betragen die Einnahmen der Reichsversicherungsanstalt 1073,1, die Ausgaben 1087,9 Millionen Mark. Die Abrechnung ergibt also ein Defizit von 14,8 Millionen. Wesentlich ungünstiger stellt sich das Verhältnis für 1928. Hier stehen 851,8 Millionen Einnahmen Ausgaben in Höhe von 941,4 Millionen gegenüber, was ein Defizit von 89,6 Millionen Mark ergibt, das, wie das Defizit der folgenden Monate, durch Zuschüsse des Reichs gedeckt werden muß.

Von den angeführten Ausgaben entfielen auf Arbeitslosenunterstützung 61,87, Kurzarbeiterunterstützung 0,15, Krisenunterstützung 11,17, Versicherungsbeiträge zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft bei der Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung 8,37, Arbeitsbeschaffung 11,25 und Kosten der Arbeitsvermittlung 7,19 v. H. Die durchschnittliche Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug 1927 bei der Arbeitslosenversicherung 857 525, im Jahre 1928 dagegen 890 051, bei der Krisenfürsorge 176 525 und 139 643. Auf den Kopf berechnet betragen die Aufwendungen der Reichsversicherungsanstalt für einen Hauptunterstützungsempfänger bzw. Kurzarbeiter im Monat 81,73 Mark, was das Geringe von der üppigen Höhe der Unterstützung der Arbeitslosen und den dadurch verminderten Anreiz zum Suchen von Beschäftigung glatt widerlegt. Mit Notstandsarbeiten wurden durchschnittlich beschäftigt bei der Arbeitslosenversicherung 49 467, bei der Krisenfürsorge 13 227 Personen.

In den hier angeführten Zahlen sind bei weitem nicht alle Aufwendungen enthalten, die durch die Arbeitslosigkeit und die Unterstützung der Erwerbslosen entstanden sind. Es müssen auch die Aufwendungen der Gemeinden durch die öffentliche Wohlfahrtspflege hinzugerechnet werden, für die genaue Feststellungen fehlen. Daß es sich aber auch hier um gewaltige Beträge handelt, ist aus den ganz außerordentlich gestiegenen Kosten für die Wohlfahrtspflege bei den Gemeinden deutlich genug zu ersehen. Hieraus ist ohne weiteres zu erkennen, wie schwer die Belastung ist, die der deutschen Wirtschaft aus der Arbeitslosigkeit erwächst. Weit größer ist freilich noch die Belastung, die ihr der verlorene Krieg aus der Fürsorge für seine Opfer entstehen läßt. Der Etat für Pensionen und Renten des Reichshaushalts wurde für 1923 ohne Verwaltungsausgaben mit 1,8 Milliarden festgesetzt, wovon mehr als neun Zehntel auf die Militärversorgung entfielen. Hinzu kommen noch die Aufwendungen der deutschen Sozialversicherung mit rund 3,2 Milliarden, alles in allem für soziale Zwecke 6,6 Milliarden Mark, das sind über 12 v. H. des gesamten deutschen Volkseinkommens.

Erscheinen diese Lasten bereits außerordentlich hoch, aber doch bei normaler Wirtschaftslage erträglich, so verschlimmert sich die Lage, wenn man auch die Reparationsausgaben mit 2,5 Milliarden hinzurechnet, denen keinerlei Gegenleistungen entgegenstehen. Sie stellen sich auf rund 25 v. H. der Einnahmen des gesamten Reichsetats und belasten die deutsche Bevölkerung mit 39 Mark pro Kopf oder eine vierköpfige Familie mit 156 Mark im Jahr. Vergewagt man sich, daß diese Belastung nach den bisher bekanntgewordenen Forderungen unserer ehemaligen Gegner im Weltkrieg ohne wesentliche Verminderung 58 Jahre lang von der deutschen Wirtschaft getragen werden soll, so fragt man sich vergeblich, wie das möglich gemacht werden kann. Bis jetzt hat man noch keinen Ausweg gefunden! Von den Unternehmern wird zu diesem Zwecke eine starke Reduzierung der sozialen Aufwendungen empfohlen. Doch das sind Hirngespinnste, die sich nicht verwirklichen lassen, wenn nicht das deutsche Volk zu einem Bettlervolk herabsinken soll. Damit würde aber ihm so wenig wie den Reparationsgläubigern geholfen, denn von einem Volke von Bettlern sind Reparationsleistungen in der geforderten Höhe nicht zu verlangen. Schließlich bleibt eben nur noch die Erhaltung des nackten Lebens übrig, was den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und die Vernichtung des deutschen Volkes bedeuten würde.

Mit einer solchen Entwicklung wäre jedoch niemanden ein Dienst erwiesen. Die Unternehmer rechnen freilich, kurzfristig wie sie nun einmal sind, als Folge der Reduzierung der sozialen Leistungen nicht nur mit einer Verminderung der allgemeinen Ausgaben, sondern auch mit einer Senkung der Löhne, von der sie eine Verbesserung der Produktion, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und an Stelle der heute passiven, eine aktive Handelsbilanz sowie eine leichtere Abtragung der Reparationslasten erwarten. Diese Rechnung ist jedoch durchaus falsch, aber auch gefährlich. Die Verwirklichung der Unternehmerabsichten würde das Gegenteil ergeben und die deutsche Wirtschaft schweren Erschütterungen aussetzen. Eine Herabsetzung der sozialen Leistungen der Reichsversicherung würde keine Erleichterungen, sondern ein Anschwellen der Gemeindefürsorge verursachen, da man die Invaliden der Arbeit und die Kriegsinvaliden nicht verhungern lassen kann. Die Gefahren für Leben und Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung würden mangels ausreichender Mittel zu ihrer Bekämpfung wachsen. Ihre gesundheitlichen Verhältnisse müßten

sich verschlechtern, womit zugleich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zurückgehen würde.

Das gleiche wäre von einer Herabsetzung der Löhne zu befürchten, die eine Verschlechterung der Lebenshaltung sowie eine Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen zur Folge hätte. Diese ist aber schon jetzt viel zu niedrig. Sie noch weiter herabzudrücken, wäre wirtschaftlich nicht zu verantworten und müßte ein solches Vorgehen katastrophale Wirkungen nach sich ziehen. Daneben würde aber auch die Herbeiführung von Dumpinglöhnen in Deutschland das Ausland veranlassen, sich noch mehr, als es bereits gegenwärtig der Fall ist, gegen die deutsche Ausfuhr abzusperren. Auf dem von den Unternehmern angestrebten Wege ist also keine Besserung zu erreichen!

Dennoch gibt es einen Weg, durch dessen Verfolgung nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern auch den Reparationsgläubigern Deutschlands zu helfen wäre, ohne letzterem untragbare Leistungen zumuten. Er ist darin vorhanden, daß man endlich zu einer Befriedung der Völker kommt und dem Rüstungswahn ein Ende macht, der trotz Friedensvertrag und den darin ausgesprochenen Friedensversicherungen noch immer ungeheure Opfer verschlingt, die einem besseren Zwecke zugeführt werden könnten. Der deutsche Vertreter Graf Bernstorff hat mit seiner Feststellung auf der gegenwärtig in Genf tagenden Abrüstungskonferenz nur zu recht, daß die Rüstungen, seitdem über Abrüstung gesprochen werde, sich vermehren und der Abrüstungsausschuß im Laufe seiner vielen Tagungen sich je länger je mehr von seinen ursprünglichen Zielen entferne. Den Friedens- und Abrüstungsverhandlungen fehlt offenbar jeder Ernst, so daß man ihnen kaum noch Glauben schenken kann. Geht es so weiter, so ist, wie 1914, eine Katastrophe unausbleiblich, bei der nur noch Besiegte übrigbleiben würden. Noch ist es Zeit zur Umkehr! Die Gewerkschaften aller Länder haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie eine solche Wünschens- und sein „Zu spät!“ verhüten wird!

## Trotz alledem und alledem!

Zur Genfer Verhandlung.

Sprechen wir modernen Menschen vom internationalen Arbeiterkampf, so denken wir unwillkürlich an den Friedensvertrag von Versailles, der letzten Endes dem besiegten Feinde nicht nur Strafen auferlegte, sondern darüber hinaus die Grundlage für eine internationale Gesehgebung schuf, die schließlich der ganzen Menschheit zum Segen gereichen soll. Daß dem so ist, dafür legen die Bestimmungen des Völkerbundes, die doch nicht umsonst an die Spitze des Friedenswerkes gestellt wurden, Zeugnis ab. Sie wurden u. a. auch deshalb eingeführt, um „sich zu bemühen, billige und menschliche Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder zu schaffen und aufrechtzuerhalten, sowohl in ihren eigenen Gebieten (d. h. Ländern), wie in allen Ländern, auf die sich ihre Handels- und Gewerbebeziehungen erstrecken, und zu diesem Zweck die erforderlichen internationalen Stellen zu errichten und zu unterhalten.“ Der Abschnitt XIII des Vertrags verbreitet sich eingehender mit dem internationalen Arbeiterkampf und gibt ihm durch das Internationale Arbeitsamt eine praktische Unterlage.

Die erste Konferenz des Arbeitsamts, die auf Grund des Friedensvertrags im November 1919 in Washington tagte, beschloß die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages und der 48stündigen Arbeitswoche. Dieser Beschluß ist unter dem Namen „Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit“ bekannt.

Trotzdem seit jener Konferenz im November v. J. zehn Jahre verstrichen sind, ist der gesetzliche Achtstundentag bis jetzt nirgends durchgeführt, weil England sich beharrlich weigert, sein in Washington gegebenes Versprechen einzulösen und so der internationalen Reaktion als Vorreiter dient. Nach jahrelangem Bestehen- und Räntenspiel war es im vorigen Jahre gelungen, Farbe zu bekennen, rief sich aber mit dem Antrag auf Revision aus der Schlinge. Auf der diesjährigen Jahrestagung des Verwaltungsrates des Arbeitsamts war die englische Regierung nun gezwungen, den Antrag auf Revision näher zu begründen, und es tat das in einer Form, die nachgerade verblüffend wirkte. Schon die äußere Apotheose, die England an den Tag legte, war bemerkenswert: es schickte den Arbeitsminister in Person zur Konferenz, einem Beispiel, dem auch Deutschland und Belgien folgten.

Ueber die Rede des englischen Ministers schreibt der liberale „Manchester Guardian“ in einem Artikel mit der Ueberschrift „Verlust des Prestige“:

„Die britische Regierung erlitt in Genf eine schwere Niederlage. Der Arbeitsminister trug die Gründe vor, die die Regierung zur Einbringung des Antrages auf Revision bewog, fand aber zu seiner Ueberraschung, daß er nur von der Unternehmergruppe unterfützt wurde, weshalb er als Interpret der Reaktion stand. Trotz der verschiedenen Kompromißversuche konnte er keine Mehrheit bekommen. Die Tagung des Verwaltungsrates des Arbeitsamts ging, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben, auseinander. Der Antrag auf Revision fiel unter den Tisch. Andererseits hat das englische Vorgehen das Abkommen in seiner jetzigen Form vernichtet. Trotzdem wurde erreicht, daß für die nächsten zwei Jahre Zeit gewonnen ist zum genaueren Studium, so daß in 1930 Umfang und Tragweite des Abkommens neuerlich untersucht werden kann.“

Die Gewerkschaftsbewegung braucht natürlich keine Ratsschlüsse dieser Art. Zur Genüge kennt sie die Schwächen des jetzigen Abkommens. Wenn sie für dessen praktische Durchführung kämpft, so deshalb, weil es der erste Versuch zur internationalen Arbeitszeitregelung war und man nach der Durchführung an die Beseitigung vorhandener Mängel gehen wollte.

Recht komisch wirkte die Haltung der dem Unternehmertum willenlos ergebenen deutschen bürgerlichen Presse. Zur Verbergung ihrer Gegnerschaft gegen den Fortschritt des Arbeiterschutzes glaubte sie die Rede des englischen Ministers als famose Wahlrede hinstellen zu müssen, indem sie ihn als glühenden Verteidiger des wahren Achtstundentages feierte. Wie immer bei solchen Anlässen war die Unternehmerpresse sehr schlecht beraten. Wahlrede hin, Wahlrede her, der englische Unternehmervertreter sprang wie ein Stier in die Arena und zerstückte blindlings das vom Minister errichtete Gebäude. Die englischen Unternehmer wollen keine internationale Regelung, schraubt er, sie wehrten sich gegen staatliche Einmischung jeder Art. So stand der englische Regierungsvertreter in der Genfer Atmosphäre einsam und verlassen da. In der Tat hatte er eine gute Wahlrede gehalten, aber nicht für seine Partei, sondern für die englischen Gewerkschaften. Sie werden es nicht

unterlassen, die reaktionäre Quertreiberei der konservativen Regierung in den kommenden Maiwahlen anzuprangern.

Für uns Deutsche gibt die Rede des englischen Arbeitsministers Anlaß zum Nachdenken. Wiederholt wies er nach, daß die zur Zeit dem Reichstag vorliegende Vorlage eines neuen Arbeiterschutzes Gesetzes weit hinter dem Washingtoner Abkommen zurückbleibt. Hier heißt es den Hebel ansetzen. Vergessen wir nicht, daß England bezüglich der Arbeitszeit immer noch die besten Bedingungen der Welt hat. Ewig unverändertlich bleibt es, warum das englische Unternehmertum sich gegen das Abkommen wehrt, wo dort das selbe praktisch in allen Industrien durchgeführt ist. Für die Eisenbahner, Baugewerbe, Metallindustrie, Buchdruckerei, Graphisches Gewerbe, Verkehrsweisen, bestehen zum Teil tarifliche Vereinbarungen, die besser als die im Abkommen vorgesehenen sind. Das Abkommen enthält auch nur Minimalbedingungen. In Deutschland aber will man nicht einmal diese verwirklichen. Lassen wir uns also durch das englische Vorgehen nicht verwirren. Unsere Parole heißt: Her mit dem Achtstundentag auf der ganzen Linie!

Die letzten Vorgänge in Genf bewiesen neuerlich, wie sehr die Arbeiterklasse auf ihre eigene Kraft angewiesen ist. Darum: Schließt die Phalanx in dichten Reihen!

Darüber hinaus wollen wir durch unsern Kampf den deutschen Reichstag zwingen, den in 1918 abgetroffenen Achtstundentag neuerlich gesetzlich zu verankern.

Darum vorwärts, durch Kampf zum Sieg!

## „Tatsachen, keine Redensarten“

Unter dieser Ueberschrift hat Herr Dr. G. St., München, wie er selber sagt, „schon wieder zur Feder gegriffen“, um im „Steinmetz“ vom 21. April 1929 auf den Artikel „Nachlese“ im „Steinmetz“ Nr. 7 vom 16. Februar 1929 zu erwidern. Zu unserem Artikel sagt er allgemein und recht weise mit beruflichem Anstrich:

„Trotz seines großen Umfanges sagt er zu wenig; er ist viel zuviel geschmückt mit Redensarten aus dem Parteilargon; heute, im Zeitalter der Sachlichkeit, ist aber der Schmuck und das Ornament verpönt; man muß also damit zurückhalten, wenn man nicht langweilig werden will.“

Das ist natürlich eine recht bequeme Ausrade, denn die Praxis in Rede und Gegenrede oder in Behauptung und Widerlegung ist doch so, daß man mit wenigen Worten und Sätzen die unsinnigsten Behauptungen aufstellen, aber nicht mit derselben faßknäuzigen Kürze die Widerlegungen anbringen kann. Das letztere — die Widerlegungen — versucht man allerdings weniger, wenn es eng von Person zu Person geht und dieser Versuch schließlich am untauglichen Objekt vorgenommen wird; aber wenn falsche und unsachliche Behauptungen in die Berufswelt hinausgeschrien und -geschrieben werden, dann muß man auch wieder „zur Feder greifen“, wie das so schon altjüngferlich im Briefstil alter Zeit bei Dr. G. St. heißt, um solche unsinnigen und durchweg boshaften Behauptungen zu widerlegen, wie sie von ihm über Entstehung der Berufskrankheit der Steinmetze, über ihre Löhne, über sozialistische Arbeiterbewegung und wirtschaftliche Begriffe von Zeit zu Zeit aufgestellt werden. Die Hoffnung haben wir freilich noch nie gehabt, Herrn Dr. G. St. etwa belehren zu können, denn dazu ist er viel zu sehr bis über seinen Haarschopf oder meinetwegen auch Platte in der kapitalistischen Gedankenwelt als Unternehmer oder dessen Stellvertreter verfunken. Und wir wären sicher schlechte Sachverwalter, wenn wir nicht unsere — vom Zentralverband der Steinmetzen — zu wahren Interessen in aller Deutlichkeit wahrnehmen würden. Daß dabei die gegenläufigen Auffassungen von Wirtschaft und Politik sich schroff gegenüberstehen, ist nur zu natürlich. Das liegt nun einmal in dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, die wohl beide zueinander in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis stehen, ohne aber den zu natürlichen Gegensatz überbrücken zu können. Nun macht anscheinend Herr Dr. G. St. sich auch zwischen seinen Zeilen darüber lustig, daß im Steinmetzgewerbe nur ganz wenige Unternehmer Kapitalisten sind. Das ist uns natürlich, wie jedem anderen auch, bekannt, das Gegenteil haben wir nie und nirgends behauptet. Wir wissen ferner, daß es im Steinmetzgewerbe wie überhaupt im Unternehmertum viele, viele recht kümmerliche Existenzen gibt, die nach ihrer Lebenshaltung und -möglichkeit zum Proletariat gehören. Das sind Tatsachen, und es ist sicherlich keine Redensart, daß diese das nicht begreifen und zum großen Teil nicht einsehen wollen, weil sich in ihrem oberen Denksphären die wirtschafts-kapitalistische Auffassung nicht von sozialistischer verdrängen läßt. Parallel mit dieser alten Auffassung, die Herr Dr. G. St. mit längst überholten volkswirtschaftlichen Begriffen zu belegen beliebt, läßt er als weisensverwandt die einseitig-nationalistische, die ihren Höhepunkt hatte im alten Obrigkeitsstaat der Kaiserzeit und den unser Münchener Antipode nimmermehr verschmerzen kann. Man hätte nun nach der Ueberschrift seiner neuerlichen Abhandlung erwarten können, daß er mit wirklichen Tatsachen aufmarschiert wäre; aber es sind nur — Behauptungen, und Behauptungen sind durchaus noch keine Tatsachen, sondern in den meisten Fällen nur Redensarten; deshalb verzichten wir auch, auf seinen neuen Artikel im einzelnen einzugehen, denn drei Viertel davon kann man nur zur Kenntnis nehmen mit dem Ausspruch des deutschen Staatsmannes, der von den Nationalisten auch im Bayernlande als ein Herrgott angesehen wird, der gelegentlich einer kaiserlichen Volkshaus meinte: „Dor laß id über!“ Denn Behauptungen sind, wie gesagt, allgemein nur Redensarten und werden auch bei Wiederholungen in anderer Form nicht richtig; und sind vor allem keine Tatsachen. Herr Dr. G. St. ist darin eben unverbesserlich, das wollen wir ihm sehr gern befehlen.

Es gibt ein sehr bekanntes Sprüchlein, das nicht nur im persönlichen, sondern auch im sachlichen Leben Beachtung verdient. (Die Gewerkschaften und politischen Organisationen der Arbeiter und ihre Führung sind in dieses Leben inbegriffen.) Das Sprüchlein heißt:

Du mußt, um eines Menschen Wert zu erfassen, ihn erst über andere urteilen lassen!

Damit machen wir für diesmal einen Punkt unter der langweilig gewordenen Polemik mit Herrn Dr. G. St., weil wir wissen: „Bei Philippi (Jahr 1930 Neujahrsbetrachtung gegen die Arbeiterbewegung) sehen wir uns wieder.“



# Ein Ehrentag

65 Jahre wurde am 22. April unser allseitig verehrter Kollege Alexander Knoll. Die „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 16 vom 20. April 1929 widmet ihm zu diesem Tage nur Worte der Anerkennung, worüber auch wir uns sehr freuen; denn der Fünfundsechzigjährige ist Fleisch von unserm Fleisch und Blut von unserm Blut. Was unser Kollege A. Knoll der Arbeiterbewegung allgemein und der Steinseherbewegung im besonderen war und heute noch ist, das bezeugt seine dreibändige „Geschichte“ der Steinseherbewegung, wovon der dritte Band jetzt in Druck gegeben wird. Doch abgesehen davon hat der nun Fünfundsechzigjährige und Sekretär im ADGB seine beste Zeit, am Jahresalter gemessen, dem Steinseherberuf und dessen gewerkschaftlicher Organisation gewidmet. Was A. Knoll der Steinseherbewegung war als Vorsitzender und Redakteur, das wissen in der Hauptsache die älteren Berufs- und die älteren Gewerkschaftskollegen zu schätzen.

Wir leben in einer schnellbewegten Zeit, in der unser Nachwuchs fast alles, was heute geworden ist, als ganz selbstverständlich hinnimmt, ohne zu bedenken, welche Kämpfe und welcher Idealismus von Personen und Generationen dazu gehörte, um die Gewerkschaftsbewegung auf die heutige Höhe zu führen. Alexander Knoll hat sehr großen Anteil daran, und trotz mancher Widerwärtigkeiten und persönlicher Enttäuschungen kann er heute dennoch mit großer Befriedigung auf seine Wirkungsperiode zurückblicken. Trotz seiner 65 Jahre stellt er noch in vollständig geistiger Frische und Rührigkeit in der mächtigen pulsierenden Gewerkschaftsbewegung national und international gesehen in der Spitzenorganisation der deutschen Gewerkschaften seinen Mann, wozu langjährige Erfahrungen und großes Allgemeinwissen ihn befähigen, wie selten einen der Alten. Wir entbieten dem 65jährigen Kollegen unseren herzlichsten Glückwünsche und sind stolz darauf, ihn als den Unsrigen zählen zu dürfen.

Von ihm selbst, dem Fünfundsechzigjährigen, erhalten wir die nachstehende Aufschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Dank, herzlichen Dank, allen Filialvorständen und Kollegen, die meiner in so zahlreicher und liebenswürdiger Weise zu meinem 65. Geburtstag gedacht haben. Dank all den Kampfgenossen, die Schulter an Schulter mit mir die Jahre und Jahrzehnte hindurch gekämpft und gelitten haben, als wir noch um die Anerkennung unserer Gewerkschaften ringen mußten; als noch die Staatsgewalt und all ihre Organe bis herunter zum Nachtwächter ihre „vornehmste“ Aufgabe darin erblickten, den Kampf gegen den „inneren Feind“ zu führen; als aber auch das Unternehmertum noch nichts dabei fand, abgeschlossene Verträge, selbst solche, die unter „Ehrenwort“ eingegangen waren, wenn's ihm passend dünkte, einfach beiseite zu schieben. Die Erinnerung an diese Heroenzeit unserer Bewegung wurde wieder in mir lebendig, als ich die Namen so vieler treuer, alter Kollegen in den vielen Telegrammen und Glückwunschkarten las. Dank auch all den jüngeren Verbandszahlstellen und Kollegen, mit denen mich nicht Bande persönlicher Erinnerung und gemeinsam geführter Kämpfe verknüpfen, die sich aber auch zu den zahlreichen Gratulanten gesellt haben.

Es ist mir in den vielen Glückwunschkarten so viel Freundliches und Schönes gemündigt worden, daß ich wohl noch 100 Jahre leben möchte, wenn das alles sich erfüllen sollte. Es ist insbesondere immer und immer wieder darauf hingewiesen worden, daß ich ja noch immer körperlich und geistig rüstig sei und man deshalb noch mancherlei von mir erwartet im Dienste und Interesse der Gewerkschaftsbewegung. Gerade diese Erwartungen, die man noch immer auf mich, den heute Fünfundsechzigjährigen setzt, sind für mich das allerfreudlichste und ehrenvollste. Und wenn sich auch dabei meine Gratulanten mit der Erfüllung eines nur bescheidenen Teiles ihrer Wünsche werden abfinden müssen, so verpfehle ich doch, daß ich mich reichlich bemühen werde, diesen Teil noch nach bestem Können auf mich zu nehmen und ihn zu erfüllen. Und nun: nochmals herzlichen Dank und mit frischen Kräften an die Arbeit für unseren Verband, für die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung.

A. Knoll.

3. Gau: Die Firma Gebr. Heidl in Kollsch (Sa.) ist für Steinbildhauer und Steinmetzen, wie überhaupt für Steinarbeiter, nach wie vor gesperrt wegen Lohnunterschieden und anderem.

5. Gau: Die Firma Fritz Schneidewind, Grotenburger Sandsteinbruch, Hildesheim bei Detmold. — In Rütten der Betrieb „Rütteners Grünsteinwerke“. — Nach Essen im sogenannten „Scharriergewerbe“ hat Zugang zu unterbleiben.

6. Gau: In Eberbach (Baden) im Steinbruch Grenze, der Firma Rütth & Reinmuth gehörend, bestehen Differenzen.

9. Gau: Die Firmen Joseph Keil in Heimbach-Weiß (Rhein) und Jakob Keil in Hattersheim a. M. veruchen Plasterer für große Arbeiten unter dem abgeschlossenen Tarif anzumerben. Arbeitsangebote dieser Firmen sind unbedingt zurückzuweisen.

Zur Beachtung: Von obigen Sperrungen usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Achtung, Verbandsmitglieder! Nachdem nunmehr die Arbeit im Straßenbau und in der Steinindustrie, soweit sie von den Witterungseinflüssen abhängig war, wieder im Gange ist, melden sich auch viele Ortsverwaltungen, um die plötzliche Zureise zu unterbinden. Für diese Unterbindung ist in jedem Fall das Interesse für die arbeitenden und arbeitensuchenden Kollegen maßgebend, also ihre wirtschaftliche Existenz, die im Arbeitslohn verankert ist. Nun ist es unmöglich, alle diese Orte einzeln aufzuführen,

aber ganz allgemein gilt noch die alte gewerkschaftliche Praxis, daß jeder Arbeitssuchende am Ort oder auf der Reise, auch wenn er brieflich vom Unternehmer herangeholt wird, sich vorher beim Zahlstellenverband erkundigt.

Das gilt für jeden und jede Branche! Wer diese ganz selbstverständliche gewerkschaftliche Pflicht vernachlässigt, ob absichtlich oder nicht, kann aus der Verbandsgemeinschaft ausgeschlossen werden, wenn die Interessen der in Frage kommenden Kollegen durch die Pflichtverletzung geschädigt werden. Darum übt Disziplin und Solidarität und vergeßt nicht die Macht und die Kraft, die im Zusammenhalten liegt.

Arbeiterfunktionäre. Tragisch gestaltet sich oft das Schicksal der Betriebsräte in der freiesten Republik der Welt, die in Verfassung und Gesetz die freie Ausübung dieses schweren Amtes der Betriebsräte gewährleistet hat. Sind es doch jene, die im Nahkampf kämpfen für ein besseres und menschenwürdiges Dasein ihrer Kollegen. Nicht leicht soll ihnen dieser Dienst an der Kollegenchaft gemacht werden. Arbeitgeber, die auf das Recht pochen, alleinig Sammler von irdischen Gütern zu sein, dulden keine, die etwa diese Sammlung erschweren könnten, neben sich. Der vergangene Winter mit seinen Betriebsstilllegungen war ein guter Bundesgenosse, um mißliebige Betriebsräte und alte, in der Arbeit ergraute Kollegen loszuwerden. Auch eine besondere Art von Rationalisierung der Arbeitgeber; für die Arbeiter sind das Dornen. Aber ein pflichtbewußter, rechtsdenkender Arbeiter achtet nicht dieser Dornen, mit denen man seine Existenz unterhöht, sondern er bleibt, erfüllt von dem bergeverheißenden Glauben an eine bessere Zukunft, er kämpft weiter für eine neue Welt, für ein Reich der Menschwürde, der Freiheit und der Gerechtigkeit.

D. Dr., Wbg.

Elbing. Am 26. März fand die fällige Monatsversammlung im Volkshaus statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Lohnverhandlung. 2. Bannerweihe. 3. Verschiedenes. Den Bericht über die Lohnverhandlung vom 26. Februar erstatteten die Kollegen Butt und Scharp. Die Verhandlung, die von Arbeitnehmerseite von dem Bezirksleiter Casper, Königsberg, geführt wurde, dauerte von 14 bis 19½ Uhr und wurde ergebnislos abgebrochen. Die Arbeitgeber lehnten es ab, den gerechten Forderungen der Arbeitnehmer annehmbare Zugeständnisse zu machen. Er folgte dann eine sehr lebhaft diskutierte Rede der Kollegen. Einstimmig wurde beschlossen, an unseren Forderungen festzuhalten und selbst die stärkste Waffe des Verbandes (Streik) anzuwenden. Ein diesbezüglicher Antrag wurde einstimmig angenommen. Zum 2. Punkt hat der Kassierer, Kollege Hopf, die Kollegen, die ihren Bannerbeitrag noch nicht bezahlt haben, dies so schnell wie möglich zu tun, da die Beiträge jetzt gebraucht werden. Unter „Verschiedenes“ gab der Kollege K. Schulz den Kartellbericht vom 18. März 1929, der ohne Aussprache zur Kenntnis genommen wurde. Ferner wurde vom 1. Vorsitzenden, Koll. M. Thiel, ein Antrag eingebracht, der lautet: „Derjenige Kollege, der sein Mitgliedsbuch verfallen läßt und wieder aufgenommen werden will, zahlt eine Strafe von 15 Mark. Derjenige Kollege, der wegen Verbandschädigung ausgeschlossen ist und einen Antrag auf Wiederaufnahme stellt, zahlt 25 Mark Strafe.“ Nach eingehender Aussprache fand der Antrag einstimmige Annahme. Da keine weitere Wortmeldungen vorlagen, wurde mit einem Appell die Versammlung vom Kollegen Thiel geschlossen.

Essen. Am 24. März 1929 fand eine Sektionsversammlung der Steinseher und Marmorarbeiter im Gewerkschaftshaus statt. Anwesend waren 25 Kollegen. Der Vorsitzende, van Treel, gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Gründung eines Arbeitsnachweises, womit sämtliche Kollegen einverstanden waren und einstimmig genehmigten. 2. Tarifgründung für Kunststeinhändler bzw. Lohnarbeit. Zu diesem Punkte las der Vorsitzende ein Schreiben vom Gauleiter Braun aus Köln vor, worin mitgeteilt wurde, daß die Sache mit dem Arbeitgeberverband eingeleitet sei. Auch wurde im ganzen getadelt, daß die Kollegen zu wenig zusammenkommen und infolgedessen man auch nichts unternehmen kann. Dann wurde die Wahl einer Tarifkommission vorgenommen. Gewählt wurden Kollege Jäger und Müller. Das weitere wird dem Gauleiter übertragen. Der Kollege Osthoff tadelt in scharfen Worten den 1. Vorsitzenden über einen Artikel im Ruhrschlo. Dann folgte eine kurze Auseinandersetzung, die bald geschlichtet war. Kollege Osthoff erklärte, daß in Essen im Scharriergewerbe 15 und noch mehr Stunden gearbeitet wird. Das wurde ihm aber widerlegt. Auch wurde die Firma Klugmann-Essen getadelt, weil dort die Steinseher zwölf Stunden arbeiten. Jäger verlas eine Preisofferte und gab an, daß der Kollege Sauerborn ihn um 40 Pfg. pro laufenden Quadratmeter gerübrt hat. Ebenso hat es der Kollege Scheldeder gemacht beim Kollegen Müller. Kollegen, die keine Arbeit haben, haben sich an den Arbeitsnachweis zu halten, von dort aus wird auch Arbeit zugewiesen. Dann folgte eine Beschlusfassung über das am 27. April 1929 stattfindende Fest im Gewerkschaftshaus. Es wurde ein Eintrittsgeld von 1 Mk. beschlossen, dagegen sind Erwerbslose frei. Ebenso ist ein Jubiläumsfest damit verbunden, darunter sind 3 Steinseher und 1 Steinseher. Darauf wurde noch die Wahl eines Delegierten der Marmorarbeiter für die Tariflohnkommission vorgenommen. Die Wahl fiel auf den Kollegen Jäger.

Reichenbach i. Schl. Die Filiale hielt am 29. März beim Gastwirt Kaliner ihre Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Eingänge. 2. Bericht von den Lohnverhandlungen. 3. Urabstimmung über den gefällten Schiedsspruch. 4. Verschiedenes. Zu Beginn der Versammlung sprach der 1. Vorsitzende unserm Kollegen Pfeife, den neugewählten Gauleiter, der an Stelle des in den Ruhestand tretenden Kollegen Richard Schäfer, die Geschäfte führen wird, den herzlichsten Glückwunsch im Namen der Filiale aus. Kollege Pfeife, ein Mitbegründer unserer Filiale, dankte und versprach alles, was in seinen Kräften steht, für die Organisation zu tun. Nach dem Verlesen einiger Schreiben erstattete Kollege Neumann Bericht von den Lohnverhandlungen. Hierzu wäre zu bemerken, daß in dem bereits abgeschlossenen Tarife im Paragraphen Ueberlandzulage, doch noch eine Minderung erreicht wurde durch Hinzufügen eines Satzes. Demnach erhalten auch die Hilfsarbeiter, wenn sie vom Wohnsitz des Arbeitgebers auf auswärtige Baustellen geschickt werden, Ueberlandzulage. Bisher war vermerkt: nur Steinseher und Kammer. Die Verhandlungen über die geforderte Lohnerhöhung endete ergebnislos, da von unserm Lohnkommissionsmitgliedern eine Zulage von 3 Pfg. auf 2 Jahre, die die Arbeitgeber bewilligen wollten, nicht angenommen wurde. Die Verhandlungen sind deshalb vor dem Schlichter fortgesetzt worden. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichter erstattete Kollege Pfeife Bericht. Der Schlichter fällt folgenden Spruch: vom 1. April 1929 bis 31. März 1930 4 Pfg., vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 3 Pfg. Zulage auf alle bestehenden Löhne. Kollege Pfeife gab die bisherigen Ergebnisse aus andern Bezirken bekannt und empfahl die Annahme des Spruches, da sich nach dem langen Winter wohl kaum ein höherer Lohn herausholen läßt. Nach vorhergehender Debatte erklärten sich sämtliche anwesenden Kollegen für die Annahme des Spruches. Anschließend daran wurde noch ein wichtiges Kapitel berührt: „Die Lehrlingsfrage.“ Nach dem Verlesen der Richtlinien, die zwischen Steinarbeiterverband und dem Reichsverband für das Steinsehergewerbe erstmalig abgeschlossen worden sind, entspann sich eine rege Aussprache. Der Lehrlingsfrage wird von einem großen Teil der Kollegen nicht die Beachtung geschenkt, die ihr eigentlich zukommt. Gerade jetzt, wo so viele andere Straßensebungsarten mit dem Steinfleißer konkurrieren, ist es doppelt notwendig, einen tüchtigen Nachwuchs heranzuziehen, im Interesse des Handwerks. Daß bei Einstellung und Ausbildung von Lehrlingen unbedingt nach diesen Richtlinien gehandelt wird, ist dringend notwendig. Beim Unterschreiben von Lehrverträgen müssen die Väter und Vormünder gleichfalls ihr Augenmerk darauf richten. Vor allen Dingen ist es der Gefellenausschuß in den einzelnen Innungsbezirken, dem es in erster Linie möglich ist, nach den aufgestellten Richtlinien zu handeln. Besonders die Anzahl der einzustellenden Lehrlinge kann besonders beachtet werden. Leider sieht es in unserm Bezirk mit dem Gefellenausschuß sehr böse aus. Die kommenden Gefellenausschuwahlen werden Gelegenheit geben, den Gefellenausschuß so zu besetzen, daß auch den Belangen der Kollegen in der Provinz Rechnung getragen wird. Dringend erforderlich wäre es, dieses Ueberbleibsel mittelalterlichen Jungferbrauchs gänzlich zu beseitigen und die Tätigkeit derselben in die Hände der zutreffenden Organisation zu legen. Grundsätzlich ist es ferner, wenn Kollegen sagen, sie kümmern sich nicht um die Lehrlinge, dies wirkt sich nur immer zum Schaden der eignen Kollegen aus. Wenn nach den aufgestellten Richtlinien

Stelle: „Nicht das Ideal wird zur Wirklichkeit, sondern durch das Ideal wird in unserer Zeit unsere Wirklichkeit.“

Landauers schriftstellerische Tätigkeit hat ein weites Wirkungsfeld umpannt. Im Rahmen einer kurzen Betrachtung kann nicht alles seiner Bedeutung gemäß gewürdigt werden. Lediglich genannt sei hier die schöne zweibändige Sammlung der „Briefe aus der französischen Revolution“. Tausendfach tiefer, als es durch ein trodenes wissenschaftliches Geschichtswerk möglich ist, spüren wir hier den Rhythmus dieser gewaltigsten revolutionären Bewegung unseres Jahrhunderts. Nur kurz genannt sei auch noch das schmale Bändchen „Die Revolution“, eine geistvolle Analyse der wichtigsten gewaltigen Erhebungen der Menschheitsgeschichte.

Die Arbeiterschaft hat auf Grund ihrer wissenschaftlichen Erkenntnis andere Wege eingeschlagen, als sie Gustav Landauer beschritt, und deshalb kann er der Arbeiterschaft in dieser Hinsicht nur mittelbar geistiger Führer sein. Auf einem anderen Wege aber dürfen wir Landauer unbedingt folgen, nämlich da, wo er als Vermittler geistigen Gutes anderer großer Denker und Dichter auftritt. Eines seiner schönsten Werke, das Landauer uns hinterlassen hat, sind die Vorträge über William Shakespeares, den größten Dramatiker aller Zeiten, der leider bei uns noch so wenig bekannt ist. Für uns gibt es keinen besseren Führer in das Lebenswerk des großen Engländer als das Shakespeare-Buch Landauers. Hier erschließt sich uns die ganze Wunderwelt einer Dichtung, deren Bedeutung uns erst dann klar wird, wenn wir wissen, wie sehr die deutsche klassische Dichtung, insbesondere Lessing und Goethe, von Shakespeare beeinflusst wurde. Von ähnlicher Bedeutung ist auch das Werk Landauers „Der werdende Mensch“, gesammelte Aufsätze, die uns das geistige Werden ihres Schöpfers vor Augen führen. Mit seinem Verständnis führt uns dies Buch in das Werk manchen Dichters ein, das dem einfachen Menschen ewig verloschen bleiben würde. Landauers Aufsätze über Hölderlin, Whitman, Tolstoi, Strindberg ist in deutschem Schrifttum nicht leicht Gleichwertiges an die Seite zu stellen.

Als schönes Vermächtnis Landauerischen Geistes sind nun auch in einer stattlichen zweibändigen Ausgabe seine Briefe erschienen. Martin Buber, der bekannte jüdische Philosoph, ein treuer Freund Landauers, gab diesen „Lebensgang in Briefen“ heraus. Wo könnten wir uns in das, was Landauer erstrebt hat, besser einfühlen, als in den Briefen an seine Freunde und Kampfgenossen. Und das ist doch das Wichtigste, daß wir seinem Geiste nahekommen. Mag das Werk vergänglich sein, der Geist, der Landauer und mit ihm die anderen großen Toten der Revolution befecht hat, darf in der Arbeiterschaft nicht erlöschen, der Geist der völligen Hingabe an die Sache, des leidenschaftlichen Kampfes für die Verwirklichung der Idee. Und solange dieser Geist der Revolution in der Arbeiterklasse wachbleibt, wird auch der Name Gustav Landauer leben, und die tapferen und edlen Gestalt dieses Kämpfers wird immer ihre Nachfolger finden.

Hw.

## Geist der Revolution

Dem Andenken Gustav Landauers

Unerbittlich schreitet die Zeit ihren ehernen Weg. Das republikanische Deutschland, das aus dem ungeheuren Zusammenbruch des Weltkrieges erstand, blüht nunmehr schon auf eine zehnjährige Geschichte zurück. Zehn Jahre schon wölben sich die Erdhügel über den Leibern jener Kämpfer, die in den wirren Tagen der Revolutionszeit der Marxbaffe einer rohen Soldateska oder der feigen Hinterlist fanatisierter Vertreter einer untergehenden Gesellschafts-schicht zum Opfer fielen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht des Proletariats, das Andenken dieser Kämpfer zu ehren, die zwar in Verkennung der gesamtpolitischen Lage die revolutionären Möglichkeiten überschätzten, aber doch getrieben von dem reinen Willen, der großen Sache des Proletariats zu dienen, die revolutionäre Bewegung weiter zu tragen beabsichtigten und dann im Kampfe den Opfertod starben. Zu ihnen, deren Andenken als das der Helden der sozialen Revolution fortleben wird, gehört auch Gustav Landauer, der am 2. Mai 1919 auf eine geradezu entsetzliche Weise in München ermordet wurde.

Keine Arbeiterpartei kann Landauer direkt als den ihrigen bezeichnen, sein anarchischer Geist war der Organisierung der Idee im tiefsten Grunde seines Herzens abhold. Aber gerade deshalb gehört Landauer dem Arbeiter schließlich, denn mit ihm hat er gelebt und gestritten, und für ihn ging er in den Tod. Landauer gehörte nie zu denen, die das Proletariat anbeteten oder vergötterten. Im Gegenteil war er mit einem besonderen Blick begabt, die Fehler und Schwächen der Arbeiterschaft und ihrer Bewegung zu erkennen, und es war ihm geistige Pflicht, immer darauf hinzuweisen. Zwei Worte Landauers lassen uns die Art seiner Kritik erkennen: „Und doch ist wahrer als die Behauptung, daß der Proletarier der geborene Revolutionär sei, jene andere, die hier gesagt wird, daß der Proletarier der geborene Pillitter ist.“ Und das zweite: „Keine Schicht der Bevölkerung wüßte, wenn es zur Revolution käme, weniger was zu tun ist, als unsere Industriearbeiter.“ Inwiefern diese kritischen Worte berechtigt waren, hat die Vergangenheit gezeigt. Wir sollten aus unseren Erfahrungen lernen, daß wir jene, die uns, wenn auch in der schärfsten Form kritisieren, höher einzuschätzen haben, als die, die uns schmeicheln. Um so klarer werden wir unsere Kräfte und Fähigkeiten erkennen und wissen, wo der Hebel zur Minderung und Besserung anzusetzen ist.

Gustav Landauer war mit glühender Liebe für den Sozialismus entbrannt. Seine Auffassung vom Sozialismus war allerdings eine andere, als die des Marxismus, dem er sogar in scharfer Opposition gegenüberstand. Landauers wichtigstes schrift-

stellerisches Werk, sein „Aufruf zum Sozialismus“, ist eine der großartigsten Kritiken des Marxismus überhaupt, eine Kritik, die nicht negativ, sondern im höchsten Grade positiv ist, gleich fruchtbar für den Freund, wie für den Gegner der Marx'schen Lehre. Landauer haßte aus ganzer Seele den Glauben an die Naturnotwendigkeit der Entwicklung zum Sozialismus. Er war der Auffassung, daß der Sozialismus nicht kommt, wenn wir ihn nicht wollen. Sozialismus ist für Landauer „das Bestreben, mit Hilfe eines Ideals eine neue Wirklichkeit zu schaffen.“ Aus dieser Einstellung ergibt sich die Verneinung der materialistischen Geschichtsauffassung. Landauers Sozialismus ist nicht eine Angelegenheit der Zukunft, sondern eine Sache der Gegenwart, eine persönliche Gewissensentscheidung für jeden einzelnen Menschen. Sozialismus ist für ihn, wie in der neueren sozialistischen Forschung in anderem Zusammenhang einmal formuliert wurde, „eine ethische Forderung an uns selbst und eine Gerechtigkeitsforderung an die Gesellschaft.“ Hier treffen die Ideen Landauers mit denen der sozialistischen Jugendbewegung zusammen, die in den ersten Nachkriegsjahren in Wort und Tat die Forderung nach sozialistischem Menschentum erhob. Die Hingabe und die Freudigkeit, mit der Landauer seiner Sache diente und in logischer Folgerichtigkeit sein Opfertod am Ende, resultieren im Grunde aus seiner ethischen Haltung.

Die Gerechtigkeitsforderung an die Gesellschaft, die Landauer erhebt, bleibt nicht lediglich Forderung. Indem er die kapitalistische Gesellschaftsordnung bekämpft, hat er bereits ein bestimmtes neues Weltbild vor Augen. Dieses Weltbild enthält sich in den 12 Artikeln des „sozialistischen Bundes“ und in seinem Buche „Beginnen“. Landauers Kritik am Kapitalismus knüpft an die reformatorischen Ideen des französischen Utopisten Proudhon an. Er sieht die Hauptursache der Schäden der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Privateigentum an Grund und Boden, in der Beschaffenheit des Geldes und im Mehrwert. Die Proletarisierung der Massen ist nach Landauer eine Folgeerscheinung des Privateigentums an Grund und Boden und der dadurch bedingten Abhängigkeit der Massen von den Nutznießern des Eigentums. In der Beschaffenheit des Geldes, das in seiner Eigenschaft als Zahlungsmittel im Warenzirkulationsprozeß nicht entwertet, sieht Landauer eine weitere wichtige Ursache unserer wirtschaftlichen Versklavung. Ihm sind: „die Rentabilität des Eigentums und die Rentabilität des Kapitals nur eine flüchtige Form für das, was in Wahrheit Raub an der Produktivität der Arbeit ist.“

Man mag gerade vom Standpunkt des praktischen Wirtschafts- und Sozialpolitikers der geistig ethischen Grundhaltung Landauers skeptisch gegenüberstehen, seine wirtschaftlichen Theorien zum Teil gar für falsch halten. Nicht darauf kommt es an, ob wer recht oder unrecht hat. Wichtig ist, daß das dialektische Spiel der Ideen die Gestaltung der Wirklichkeit beeinflusst. Landauer sagt an einer



gehandelt, besonders die Anzahl der Lehrlinge eingehalten wird, wird niemals von einer Ueberfüllung des Berufs die Rede sein können. Und dies ist es gerade, warum viele Kollegen so eine ablehnende Haltung gegenüber der Lehrlingsfrage einnehmen. Die Filiale Reichendach fordert die andern Filialen auf, zu dieser überaus wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Im letzten Punkt der Verammlung wurde beschlossen, dem scheidenden Kollegen Gauleiter Richard Schullze aus Anerkennung seiner Tätigkeit für die Organisation ein Schreiben zu übersenden. Desgleichen soll dem ehemaligen Vorsitzenden des Steinarbeiterverbandes, dem Kollegen Alexander Knoll, der am 22. April 1929 seinen 65. Geburtstag feiert, ein Glückwunschtelegramm übersandt werden. Nach Erledigung der umfangreichen Tagesordnung wurde die Versammlung geschlossen.

**Witten a. d. Ruhr.** Am 24. März tagte hier eine von der Gauleitung einberufene Bezirkskonferenz für das gesamte Ruhrlandschaftsgebiet. Den Vorsitz übernahm der Kollege Linke, Kollege Schaffner-Annen fungierte als Schriftführer. Zunächst hielt der Gauleiter Kollege Braun einen lehrreichen Vortrag über „Sonderregelung bei berufstätiger Arbeitslosigkeit“, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Verschiedene Redner brachten darauf zum Ausdruck, daß manche Unternehmer und Arbeitsämter den Kollegen die Herausnahme aus der Sonderfürsorge erschweren. Die Gauleitung erklärt sich sofort bereit, hier Abhilfe zu schaffen, damit die in Frage kommenden Kollegen zu ihrem Rechte kommen. — Die Delegierten beschloßen einstimmig die Kündigung des geltenden Lohns für den 30. April zu Ende Mai. Die Entscheidung wurde gefällt nach längeren Ausführungen von Kollegen, die bei Verhandlungen beschäftigt sind. Der Gauleiter war ebenfalls der gleichen Auffassung, neue Lohnforderungen einzureichen. Zahlreiche Diskussionsredner führten besonders lebhaft Klage über die schlechte Entlohnung, besonders darüber, daß ein großer Teil nicht den tariflich festgesetzten Normalstundenlohn verdient, daß ferner die Unternehmer den § 13 der RW oftmals umgehen, sofern nicht sofort von der Organisation der Gerichtsweg beschritten wird. Man rechnet demnach mit einem schnellen Emporsteigen der Konjunktur in der Flasterstein- und Schotterindustrie. Der Provinziallandtag beschloß in seiner letzten Sitzung den Bau einer Automobilstraße, die bei Bonn beginnend, zum Industriegebiet führen und durch dieses weitergeleitet werden soll. Nach näheren Informationen ist für den Bau der Straße — für die vorläufig 17 Millionen Mark vorgezogen — ein Grunderwerb von 64 Hektar notwendig. Die Breite beträgt 16 Meter, von denen 12 Meter auf die Fahrbahn und je 2 Meter auf die seitlichen Bänke entfallen. Zur Ausführung der Bauarbeiten, ohne die endgültige Fahrbahnabstimmung, wird mit einer Bauzeit von 1½—2 Jahren gerechnet. Ferner wurden noch verschiedene andere Straßenbauten bzw. Pflasterungen ausgeführt, so daß man mit keinem schlechten Geschäftsgang rechnen kann. — Wenn bisher die Erfolge auf lohnpolitischem Gebiete nicht befriedigend sind, dann nur deshalb, weil noch ein großer Teil der Ruhrlandsteinarbeiter außerhalb des Verbandes steht. Es ergibt sich also deshalb an alle Fernstehenden die dringende Mahnung, sich unserer Front einzuordnen! Die Gauleitung wurde beauftragt, durch Mitarbeit von Kommissionsmitgliedern von den Zahlstellen Steele, Mühlheim, Breitenscheid und Witten sich für den Abschluß eines besseren Lohns einzusetzen. Zu Beisitzern beim Tarifamt in Bonn a. Rh. wurden die Kollegen Linke und Schaffner einstimmig gewählt. Kollege Markt-Steele stand auf dem Standpunkt, daß es keine Eile hat mit der Kündigung des Tarifs; die Debatte aber ergab darauf, daß gerade im Frühjahr bei guter Konjunktur eine erfolgreiche Lohnbewegung durchführbar ist. Die Beitragsleistung läßt sich noch viel zu wünschen übrig. Es ist festzustellen, daß gerade im Ruhrgebiet der größte Prozentatz der Kollegen sich bisher noch nicht dazu aufrufen konnte, einen Stundenverdienst als Zentralbeitrag zu leisten, das trifft besonders bei den Affordarbeitern zu. Solche Methoden stärken unsere Verbandskraft nicht! — Das diktatorische Vorgehen verschiedener Unternehmer und Buchhalter wurde getilgt. Wer im Ruhrland agitarisch in den Betrieben auftritt, hat meistens Entlassung zu gewärtigen oder entsprechende Sanktionen. Selbst hat ein Werber für unsere Sache so bitter zu kämpfen, wie der „Steinküfer“ des Ruhrbezirks. In einem Gemeindevorstand wurde vor 3 Monaten ein Stöber wegen Bitterungsverhältnisse einstimmig getilgt. Der Betreffende wendete sich beschwerdeführend an den Gemeindevorstand. Um nun keine Schwierigkeiten zu bekommen, stellte die Gemeinde den Kollegen wieder ein, nur eine Stunde arbeitete er, dann wurde ihm die schriftliche Kündigung von 14 Tagen vom Bauamt übergeben. Der Herr vom Bauamt hat anscheinend nachträglich die einschlägigen Gesetze studiert! Auf die kommenden Betriebsratemahlen wurde besonders hingewiesen mit dem Bemerkten, daß sie dieses Jahr später stattfinden müssen, weil man mit der Eröffnung aller Betriebe erst Anfang April rechnen könne. — Der Winter hat den Kollegen schweren finanziellen Schaden zugefügt. Die Ursache lag im wesentlichen in dem anhaltenden Frostwetter, das sich in den Monaten Februar, März verschärfte hatte. Auch die vorübergehenden Anforderungen von Arbeitskräften zur Beseitigung von Frostschäden und Schneeverwehungen haben keine Erleichterung gebracht. Die Vorarbeiten zur Eröffnung der Betriebe, die gewöhnlich Anfang Januar einsetzten, begannen in

diesem Jahre erst Mitte März. — Die nächste Bezirkskonferenz findet noch vor dem Verbandstag in Gattingen statt. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband wurde die anregend verlaufene Konferenz geschlossen.

**Seebach.** Im tiefen Schwarzwald liegt unser weitverzweigtes Steinarbeiternest. Darin lebt ein humorvolles Völkchen. In ihrer Lebhaftigkeit wissen sie auch den Verband sehr zu schätzen. Ganz da neulich eine Versammlung statt in unserm Orte, von dem die Kollegen bis zu 10 Kilometer vom Versammlungsort entfernt wohnen. Wegen dieser Entfernung kamen die meisten mit Verpötung an. Unser forpulerter Vorsitzende, dem es nicht an Humor fehlt, wußte das Verhalten der Kollegen in gebührenden Worten zu würdigen. Er eröffnete die Versammlung mit aller Ruhe, wie sie bei „dicken“ Leuten üblich ist. Die Tagesordnung war sehr wichtig, deshalb kamen die Steinproleten von Berg und Tal zusammen; sie umfaßte zwei wichtige Punkte. 1. Warum kommener so spät? und 2. Beschriebenes. Einer der großen Kilometerstreifer fühlte sich wegen Punkt 1 beleidigt. In temperamentvoller Rede betonte er, daß es besser gewesen wäre, man hätte den meterhohen Schnee auf die Tagesordnung gesetzt. Ihm gegenüber stellte sich ein anderer Kollege auf den Standpunkt, daß man vor allem das Eis und die Kälte zu debattieren hätte. In der anderen Ecke saß einer von der großen Steinklopferfamilie und lautete den erregten Gedankenausbrüchen der Kollegen. Mählich ergriff er das Wort. Seine Rede gipfelte in dem Schlußsatz: „Kollegen, ihr seid zu bedauern!“ Eine solche Versammlung mit solcher Tagesordnung war noch nicht da, aber trotzdem herrschte bei der grimmigen Kälte und Schnee und trotz der weiten Wege gute Stimmung. Aber dem dicken Vorsitzenden wird das Stücken nicht geschenkt. Der Vorgang selbst könnte ein Motiv abgeben für den Steinklopferhannes.

**Raumünzsch.** Am 13. April fand im Gasthaus zum Löwen in Forbach unsere Quartalsversammlung statt. Diese war ausnahmsweise sehr gut besucht, so daß man glauben konnte, die umfangreiche Tagesordnung zum Gedeihen der Zahlstelle erledigen zu können. Doch war dies leider durch die Haltung des bei der Firma G. Kieberle als Polier tätigen Karl Stelzer nicht möglich. In frecher Weise verlangte er, obwohl er mit dem Verband nichts zu tun hat — an der Versammlung teilzunehmen. Dieses Ansuchen mußte durch einstimmigen Versammlungsbeschluß zurückgewiesen werden. Jetzt versuchte Stelzer, hinter den Ofenschirm geduckt, die Versammlung zu belauschen. Doch auch diese Spioniererei konnte nicht geduldet werden, und die warme Hostenpoststellung mußte aufgegeben werden. Dadurch kam der Mann in Wut, die sich hauptsächlich gegen den Kollegen Heimerl richtete, weil dieser so gar kein Verständnis für solche Manieren hatte. Die Wut ging soweit, daß er, mit Messern bewaffnet, auf unseren Kollegen eindringen wollte und noch mit einem Bierglas warf. Er mußte sich dann allerdings in der eindeutigen Weise befehlen lassen, daß man nicht ungestraft fortgesetzt eine Mitgliederversammlung provozieren darf. Wir wissen nicht, wie sich die Inhaber der Firma G. Kieberle zu diesem lächerlichen Vorgehen eines ihrer Angestellten stellen. Im übrigen hat gerade dieser Betrieb eine lebhaft Kritik in der Versammlung hervorgerufen. Zum Beispiel waren vor der Betriebsanstellung bei 36 Ausschaffern 12 Spalter beschäftigt, nunmehr bei 28 Ausschaffern 5 Spalter. Die Folge davon ist natürlich dauernder Materialmangel. Der nunmehr abgeschlossene Tarif für die Wertsteingruppe ist unbefriedigend. Gespitzte Randsteine müssen jetzt um 30 Pfg. pro laufenden Meter billiger hergestellt werden.

**Bad Dürkheim.** Die Generalversammlung fand am 10. März in Hardenburg im Lokal „Zum Hirsch“ statt. Die Tagesordnung war wie in all derartigen Versammlungen. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Tätigkeit im abgelaufenen Jahr reger war. Es fanden 8 Versammlungen, eine Bezirkskonferenz in Kaiserslautern, eine Platzversammlung und zwei Lohnverhandlungen statt. Das Arbeitsgericht, das verschiedene Male von unseren Kollegen angerufen wurde, hat zugunsten der Kollegen entschieden. Auch wurden wir dieses Jahr in die glückliche Lage eines Tarifvertrages versetzt, der sehr notwendig war. Den Kassenbericht gab Kollege G. Heidemann. Es waren 781,95 Mk. Einnahmen und 435,44 Mk. Ausgaben zu verzeichnen, so daß ein Kassenbestand von 346,51 Mk. bleibt. Der Revisionsbericht lautet: Alles in Ordnung. Vom Kassierer wurde bedauert, daß die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen ist. Trotzdem wir wieder in die glückliche Lage eines Tarifvertrages versetzt wurden. Ernten und nicht säen, das ist die traurige Ansicht dieser Muchkollegen. Dudmäuser und Schmaroker ist noch viel zu gut für solche Elemente. Wenn dann vom Zentralverband über von der Zahlstelle frange Kollegen unterstützt werden und diese Muchkollegen wären es auch bedürftig, dann stehen sie da und machen dumme Gesicht. Die gesamte Vorstandschaft wurde einstimmig wieder- und Kollege Urban-Kremb als zweiter Revisor neu gewählt. Als Unterassessor für Hardenburg hatte Oskar Schmidt das Vertrauen. Vom Vorsitzenden wurden die Kollegen auf das Betriebsratsgesetz aufmerksam gemacht. Dieses Jahr begehren wir das 25jährige Bestehen der hiesigen Zahlstelle. Dieser Tag soll festlich begangen werden. Die Arbeiter-Gesang- und Sportvereine von Dürkheim, Grethen und Hardenburg sollen hierzu eingeladen werden. Die Kommission, die diese Vorarbeit machen soll, besteht aus dem gesamten Vorstand und den Kollegen Joh. Hoff-

mann und Karl Berger III von Hardenburg. Auch ist der Wunsch geäußert worden, daß ein Mitglied vom Zentralverband und der Gauleiter bei dieser Festlichkeit anwesend sind. Es sind noch Mitglieder vorhanden, die Mitbegründer der hiesigen Zahlstelle waren. Drei kranken Mitgliedern, und zwar den Kollegen Franz Stort, Adam Maurer und Joseph Dörr wurden aus der Lokalkasse je 10 Mk. als Unterstützung zugewiesen. Der Tag zum 25jährigen Gründungsfest wird noch bekanntgegeben.

**Gelsenkirchen.** Die Zahlstelle hielt am 6. April 1929 im „Gewerkschaftshaus“ eine Mitgliederversammlung ab. Als Referent behandelte der Kollege Frank von MW „Entscheidung, Aufgaben und Bedeutung der Arbeitsämter“. Der Referent wies einleitend darauf hin, daß die ersten Arbeitsnachweise bereits Mitte des vorigen Jahrhunderts von den einzelnen Innungen gegründet wurden, sie erlangten für die Regelung des Arbeitsmarktes nur wenig Bedeutung. Wichtiger jedoch waren die Arbeitsnachweisgründungen der Arbeitgeberverbände in den neunziger Jahren, die in vielen Fällen als Waffe gegen Streiks dienten. Zu gleicher Zeit entstanden auch die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften; es war diesen möglich, manchen Kollegen, dem es auf Grund seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit schwer fiel, Arbeit zu bekommen, wieder unterzubringen. In der folgenden Zeit gründeten einige größere Städte öffentliche Arbeitsnachweise unter kommunaler Verwaltung. Nach wiederholter Beratung auf den einzelnen Gewerkschaftskongressen kamen die Gewerkschaften zu der Ueberzeugung, daß es angebracht sei, sich an den öffentlichen Arbeitsnachweisinrichtungen zu beteiligen. Der Kongress im Jahre 1911 in Dresden faßte auch dementsprechenden Beschluß. Der Ruf nach einer reichsgerichtlichen Regelung der Arbeitsvermittlung wurde immer lauter, und fast keine öffentliche Rundgebung gab es, bei der diese Forderung nicht erneut erhoben wurde. Zur Gewinnung eines Ueberblicks über die Arbeitsmarktfrage im Reich wurde dann am 6. August 1914 die Reichszentrale für Arbeitsnachweise von der Reichsregierung errichtet. Alle diese Einrichtungen hatten sich lediglich die Arbeitsvermittlung zur Aufgabe gestellt, eine finanzielle Unterstützung bei Erwerbslosigkeit kannte man von Gesetzes wegen nicht. Nur die Mehrzahl der Gewerkschaften zahlte an ihre Mitglieder Unterstützung. Erst als man im November 1918 keine Möglichkeit sah, die aus dem Kriege Zurückgeführten wieder in den Produktionsprozeß unterzubringen, kam am 13. November 1918 die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge. Ein Rechtsanspruch auf diese Unterstützung bestand nicht, und so kam es, daß viele von dieser Unterstützung ausgeschlossen wurden. So waren es dann die Gewerkschaften, die erneut die Forderung nach Schaffung einer Arbeitslosenversicherung erhoben. Am 13. Juli 1922 wurde das Arbeitsnachweisgesetz, welches eine reichsgerichtliche Regelung der gesamten Arbeitsvermittlung brachte, vom Reichstag angenommen. Im Jahre 1923 wurde dann die Beitragspflicht für die Erwerbslosenfürsorge eingeführt, die damit einen versicherungsrechtlichen Charakter bekam. Endlich im Jahre 1926 wurde dem Reichstag der Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorgelegt, um dann nach langen Beratungen am 7. Juli 1927 verabschiedet zu werden. Am 1. Oktober 1927 trat das Gesetz in Kraft. Kollege Frank geht in seinen weiteren Ausführungen auf die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes ein, zeigt die Vorteile gegenüber den früheren Einrichtungen auf und konnte nach eingehenden Erörterungen den Kollegen klar machen, daß diese soziale Einrichtung auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes ein großer Fortschritt ist. Es sei deshalb Pflicht, diese weiter auszubauen und mit allen Kräften zu unterstützen. — Eine rege Aussprache folgte diesen interessanten Ausführungen, und der Redner konnte die vielen in der Aussprache gestellten Fragen in seinem Schlusswort zur Zufriedenheit aller Anwesenden beantworten. Für die Kollegen war der Vortrag sehr lehrreich, da gerade über dieses Gesetz noch sehr viel Unklarheit herrschte. Namens der Versammlung dankte der Kollege Götzling dem Referenten für seine belehrenden Ausführungen.

**Demitz-Thumitz.** Der Vorsitzende, Kollege Schuster, eröffnete pünktlich die trotz rechtzeitiger Einladung nur schwach besuchte Versammlung am 12. April. 180 Kollegen waren anwesend. Der Gauleiter, Kollege Mühl, war ebenfalls anwesend. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Geschäftsbericht vom Jahre 1928. Anschließend den Kassenbericht. Ihm wurde auf Antrag einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl des Angefallenen, sowie die Wiederwahl der alten Ortsverwaltung und deren Erweiterung durch die Kollegen Krüger und Gintner. Kollege Mühl gab einen ausführlichen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen und deren Abschluß vor dem Haupttarifamt in Berlin. In der Aussprache darüber wurde allgemein die ungenügende Lohnaufbesserung kritisiert, aber mit Ausnahme einiger sogenannter „Oppositioneller“ der gute Wille des Gauleiters gewürdigt. Kollege Schuster verlangte von der Opposition, daß sie ihre nur arbeiter- und verbandsschädigende Taktik einstelle. Im gleichen Sinne sprachen noch einige andere Kollegen. Weil inzwischen die Zeit vorgerückt war und die Kollegen nach Hause drängten, verzichtete Kollege Mühl auf das Schlusswort.

## Ein Buch der Freiheit

Charles de Costers „Thyl Men Spiegel“ erschien in einer dichterischen Uebersetzung von Ernst Heinrich Schrenzel in einer prächtigen Volksausgabe zum Preise von 4,50 Mark im Verlage der „Büchergilde Gutenberg“, Berlin SW 61, Dreiecksstraße 5.

Charles de Coster, der bei Lebzeiten von einem kleinen Kreise geschätzt, nach seinem Tode als großer nationaler Poet gefeiert belgische Dichter, hat längst seinen Platz unter den Großen der Weltliteratur gefunden. Der „Thyl Men Spiegel“ besonders sein Hauptwerk, dem er den Großteil seines Schaffens und seiner Lebenskraft gewidmet hatte, fand Eingang in die Literatur fast aller Länder. Und das von Deutschland aus, wo der Welterfolg des Dichters begann. 1927 feierte man den hundertsten Geburtstag de Costers mit Gedentreden, Broschüren, Zeitungsartikeln und durch die Herausgabe von Prachttausgaben seiner Werke.

Nun kommt die „Büchergilde Gutenberg“ mit einer stillen, aber außerordentlich würdigen und begrüßenswerten Nachfeier: sie bringt den „Thyl Men Spiegel“, der wie kaum ein zweiter historischer Roman eine Verherrlichung des Kampfes um die ewigen Menschenrechte ist, in einer wunderschönen und billigen Volksausgabe, die in der Tat dazu geschaffen scheint, dies Buch der Freiheit in weite Kreise des werktätigen Volkes zu tragen, denen es bisher fremd bleiben mußte. Dazu kommt, daß E. H. Schrenzel eine überaus verdienstvolle Uebersetzung schuf, die mit großem Geschick die Schwierigkeiten der Wiedergabe des Urtextes meistert und die altzeitliche Sprache de Costers im reizvollen Stil alter deutscher Chroniken und Legenden neu aufleuchtet läßt. Und ein liebevolles, von besonderer Sachkenntnis zeugendes Nachwort des Uebersetzers berührt nur gerade die literarischen und künstlerischen Probleme des Werkes und läßt dafür zum ersten Male dessen eigentlichen Kerngehalt in klarer Plastik sichtbar werden: den unwiderstehlichen Geist edelster Revolution, der aus dieser Dichtung wirkt. Denn es ist sehr tief und sehr richtig gefühlt, wenn der Uebersetzer alles örtlich und zeitlich Gebundene in diesem Buche nur als Gleichnis sieht und durch das historische Gewand der Dichtung deren ewigen Gehalt an Menschlichem erblickt und das Werk, das absichtlich auf dem Boden eines fernen Jahrhunderts spielt, völlig modern, ja geradezu aktuell nennt. Denn es ist in der Tat ein Brenner gegen Auctorität, Autoritätsdünkel, imperialistischen Größenwahn, religiöse Unbilligkeit, Aberglauben, Barbarei, Ueberheblichkeit der Reichen und Unterdrückung der Armen — eine Bibel der Entrechteten, ein Evangelium der Freiheit und ein Ruf zu jenem Kampf für dieselbe, der nie endet: zum Kampfe des Menschenherzens um sein ewiges Recht.

Wie sieht der Roman aus? Was soll der Leser, der ihn nicht kennt, von ihm erwarten?

Es ist dem Kritiker schwer, hier in Kürze vorzubereiten, denn das Werk ist zu eigen, als daß es einem anderen verglichen, zu gewaltig in den Ausmaßen und in der Fülle des Inhalts, als daß es mit wenigen Worten umschrieben werden könnte.

Die „Legende von Thyl Men Spiegel und Lamme Goedzak“ schildert am Abhau des Lebens ihres Helden den Freiheitskampf des flämischen Volkes wider den spanischen Imperialismus in den Tagen Karls des Fünften und Philipps des Zweiten. Die Form ist die eines spannenden Abenteuerromans, der durchsetzt ist mit buntesten Elementen des schelmenhaften, legendenartigen, mystischen Volksbuches. Die Szenerie der tiefstintigen, wunderbar und wunderbar aufgebauten Handlung sind etliche europäische Länder (vor allem Belgien und die Niederlande) in den Tagen des weltbeherrschenden spanischen Imperialismus, der weltbedrohenden römisch-spanischen Inquisition. Der Till Eulenspiegel des niederdeutschen Volksbuches wird bei de Coster zu Thyl Men Spiegel, dem mutwilligen Sohn eines kreuzebraven und darum bettelarmen flandrischen Kohlenträgers. Der Junge wächst heran und vollführt inmitten einer tiefsten Zeit, die Bürger und Städte mit Heeren und feindlichen Heeren bedroht, seine tollen Jugendstreiche, die äußerlich oft an die Till Eulenspiegel (des deutschen!) erinnern, die aber innerlich von ganz anderem Geiste sind. Denn schon in diesen Substanzfächen macht sich ein weiser Narr über die Narrheit der Klugen lustig, und hinter jedem Anflug, den der Junge treibt, steht eine gerechte Empfindung: Spott über die Stiebenflügen, Verhöhnung tolleren Aberglaubens, Verdammen erbeuchelter Frömmigkeit, Empörung über die Frevler der Großen dieser Welt und Mitleid mit den Armen — schon die Lausbühlerischen Thyl Men Spiegel sind durchpufft von sozialem Gewissen. Und sein fröhliches Herz? Und seine Schalksnarrheit? Und sein lachendes Gesicht? O, er hat ihrer not in der enschlichen Welt, in die er geboren ist.

Denn der verdreherische König von Spanien, „die gekrönte Spinne“, will das geliebte flandrische Vaterland in sein Netz zwingen und auslaugen. Und der Papst in Rom soll ihm dabei helfen. Und zwischen dem fleißigen, waderen Volk Flanderns lebt das Gelichter der Drohnen und Mörder aller Schattierungen: ausgefressene Mönche, die das Volk verdummen und verarmen, fremde Soldner, Henker, Spione, Dirnen — Gouverneure und Schindersknechte, Inquisitionen und Generale, gedungene Banditen, Volksaufwiegler und Meuchelmörder. Und sie freßen, laugen das Land aus, beten und fluchen, henken, sengen, brennen, rauben und töten — im Namen Gottes, der Heiligen Dreieinigkeit und des Königs. Und Thyl Men Spiegel wächst heran — sie töten den Bruder seines Vaters auf dem Kabe ihrer Henker, sie verbrennen seinen Vater Laas lebendig als Kezer, foltern seine schmerzreiche Mutter Soetkin vor den Augen

des Sohnes so grausam, daß sie an den Folgen der Tortur stirbt. Sie machen aus der herrlichen Nele, Menpiegels trauer Freundin, eine Bettlerin und eine Waife, denn sie töten ihre Mutter als Heze. Und um das Haupt des jungen Menpiegel, das voll von Witz, Grazie des Wortes und gutem Humor ist, strahlt es schon früh wie ein Heiligenschein des Märtyrertums. Aus dem Jungen voll Uebermut wird ein Mann, dem nur das Lächeln seines guten Herzens gleich einer milden Sonne über einer Flut von Tränen erstrahlt. Und er zieht, von seinem treuen, biederen Freunde Lamme Goedzak begleitet, aus „das Land der Väter zu retten“.

Durch lustige, traurige, entsetzliche Abenteuer, durch Höhen und Tiefen des Lebens, vor Königen und unter Galgen hat er nur einen Leitstern: Freiheit.

Und er wird ein Held, der Führer des Volkes, der singend und kämpfend, den ganzen Spud der dunklen, feindlichen Mächte vertreibt wie ein Frühlingswind den tödlichen Hauch jeder Pest. Dabei steht in dem ganzen Buche das Allgemein-Menschliche so blutvoll lebendig im Vordergrund des Interesses, daß dieses Werk, das dabei spannender als jeder Detektivroman ist, sich wirklich, wie der Uebersetzer in seinem Nachwort sagt, ganz so liest, „wie ein köhnes Gleichnis der tiefsten Nöte unserer heutigen Zeit“. Und man muß ihm auch beipflichten, wenn er schreibt:

„Dieser erschütternde Ton, der nichts mehr mit Flandern zu tun hat, sondern der Menschheit gehört, klingt durch das ganze Werk und läßt an dessen Ausgang Menpiegel den rechten Weg klar erkennen. Denn die Irrlichter, die ihn umtanzen, sprechen auf einmal ganz deutlich:

Wir sind das Feuer, die Vergeltung für die alten Tränen, für die Leiden des Volkes; die Vergeltung an den Herren, die den Menschen als Bild auf ihrer Erde jagten; die Vergeltung für die unnützen Schlachten, für das in den Kertern vergossene Blut, für die gefesselte, blutige Vergangenheit. Wir sind das Feuer; wir sind die Seele der Toten.“

Auch hier kein Wort, das Flandern, kein Wort, das einer Zeit gehört. Und in diesem raum- und zeitlosen Reich des Geistes, in das die Dichtung ragt, wirken ihre Gestalten, so lebenswahr sie auch in einzelnen sind, alle mit der Kraft tiefer Symbole. Doch über der Hölle der Gemarterten scheint in dieser Dichtung nicht Nantes Spruch zu stehen: „Die ihr hier eintretet, laßt alle Hoffnung fahren“, sondern das göttig-weise Wort Strindbergs: „Wir sind alle nur arme, geplagte Menschen.“

Das prachtvolle Buch ist auch ein Schatz des Trostes für die armen, geplagten Menschen von heute — eine Freiheitsbibel auch in unseren Tagen des Kampfes um Menschenrechte. Und man kann nur wünschen, daß es in dem würdigen Gewand, das es nun trägt, Eingang in den Bücherschatz aller finde, die arbeiten, fühlen und denken.





**Das englische Wegebauproblem.** Wir lesen darüber in der *Vossischen Zeitung*: Die „Studiengesellschaft für die Finanzierung des deutschen Straßenbaues“ hatte den bisherigen Chef der Wegebauteilung des englischen Transportministeriums Brigadegeneral Sir Henry Percy Maybury eingeladen, über einige Probleme, die mit den Straßen und Straßenverkehr Englands zusammenhängen, zu berichten. Der englische Gast hielt einen Vortrag, der einen Einblick gab, wie man in England dieses Problem zu lösen gesucht hat. Freilich, eine völlige Lösung ist noch nicht erreicht. Denn der Verkehr dehnt sich in ungeheurer Maße aus. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Dr. Fischer, wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß nach dem Kriege sich in fast allen europäischen Ländern ein starkes Verlangen nach Verbesserung der ertg vernachlässigten Straßen geltend gemacht habe. Außerdem erfordere der wachsende Automobilverkehr deren Ausbau. In den meisten europäischen Ländern konnte man viel rascher dieses Problem befriedigen als in Deutschland, das so viele Laster trägt. Trotzdem hat man im vergangenen Jahre 670 Millionen Mark und im Jahre zuvor 630 Millionen Mark für Verbesserung und Unterhaltung der Wege aufgewandt. Vor dem Kriege schwankten diese Summen zwischen 200 und 300 Millionen jährlich. Es liegt die Frage nahe, ob man nicht im Wege der Anleihe einen Teil der notwendigen Summen herbeischaffen könne. Aber eine deutsche Wegeanleihe läßt sich nicht aus dem Rahmen des allgemeinen deutschen Anleiheprogramms herausnehmen. Gerade deswegen waren die Ausführungen des englischen Gastes von besonderer Bedeutung.

Nachdem Sir Henry Percy Maybury einen geschichtlichen Rückblick über die Gesehe, die den Straßenbau betreffen, gegeben hatte, wies er darauf hin, wie der wachsende Automobilverkehr dazu führen mußte, einschneidende Maßregeln zu treffen. Man konnte mit den bisherigen Bestimmungen nicht auskommen, und so ernannte die Regierung zum ersten Male seit ihrem Bestehen einen Transportminister, den die Vollmachten und Obliegenheiten der Straßenbauverwaltung, aber auch ihr Beamtenstab übertragen wurde. Der Vortragende wurde zum Minister als Generaldirektor des Straßenwesens in diesem Ministerium damit beauftragt, ihm über die Straßen- und Straßentransportprobleme zu berichten, und ihm Vorschläge zu unterbreiten, wie seiner Ansicht nach am besten die Beträge erhoben werden könnten, die notwendig wären, um der Lage Herr zu werden und sie zu verbessern.

Zur Verbesserung der Straßen dienen namentlich die Einkünfte aus der Kraftfahrzeugsteuer. Gegenwärtig gibt es in Großbritannien zweitausend lokale Behörden, die von den Steuerzahlern gewährt werden und die mit der Unterhaltung der Straßen beauftragt sind und hierfür die Verantwortung tragen. Alle diese sind zuständig, Beiträge aus dem besonderen Straßenbaufonds zu empfangen.

Der Vortragende schilderte im einzelnen die verschiedenen Arten der Straßen, die Art der Besteuerung. Er zeigt dann, daß alle Wegeunterhaltung und kleineren Straßenverbesserungen aus laufenden Steuereinnahmen ausgeführt werden. Arbeiten einschneidender Art, wie etwa der Ankauf von Grund und Boden, die Errichtung von Brücken, Bau von Nebenwegen, die Erweiterung und Erneuerung von bestehenden Straßen werden meistens, soweit die Ortsbehörden in Betracht kommen, finanziert durch Anleihen, sichergestellt durch die Steuern, die die betreffende Behörde erhebt. Die Gesamtsumme der Anleihen, die die 62 Grafschaftsräte in England und Wales aufgenommen haben behufs Verbesserung der Wege usw., betrug etwas weniger als 6 250 000 Pfund Sterling. Sehr eingehend wird der Londoner Verkehr auch unter Vorführung von zahlreichen Lichtbildern geschildert.

**Hilfe für Striegau.** Der preußische Landtag nahm den bereits im Hauptauschuß angenommenen Antrag der Sozialdemokraten bezüglich der Hilfsmaßnahmen für Striegau an, der nunmehr folgende Fassung erhalten hat:

Das Staatsministerium wird ersucht: 1. die Stadt Striegau bei der Bereitstellung von Staatsmitteln für Zwecke der Jugend- und Wohlfahrtspflege zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben auf diesem Gebiete bevorzugt zu berücksichtigen. 2. Dafür Sorge zu tragen, daß bei der Vergabe von staatlichen Aufträgen die schlesische Steinindustrie in höherem Maße berücksichtigt wird als das bisher der Fall ist. 3. Umgehend mit den Reichs- und Kommunalstellen in Verbindung zu treten, um auf sie in gleichem Sinne einzuwirken, insbesondere ist u. a. durch Vermittlung der kommunalen Spitzenverbände dahin zu wirken, daß die Städte, Landkreise und Provinzen als Besteller von Steinmaterial die Notlage der schlesischen Steinindustrie stärker berücksichtigen und daß öffentliche Stellen überhaupt Steinmaterial in höherem Maße bei einheimischen Produzenten beziehen, auch wenn geringe Preisdifferenzen zuungunsten des Bestellers damit verbunden sind. 4. Auf die Reichsbahnverwaltung einzuwirken, daß die schlesische Steinindustrie durch Verbilligung der Tarife dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig bleibt. 5. Beim Reich darauf hinzuwirken, daß beim Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages die Ausfuhrinteressen der schlesischen Steinindustrie ausreichend berücksichtigt werden. 6. Zu den dringenden notwendigen Schulbauten in Striegau, deren Errichtung gleichzeitig die Steuer der Erwerbslosigkeit dient, Staatsmittel bereitzustellen, die der Notlage der Stadt Rechnung tragen. 7. Zu prüfen, ob die durch Aufhebung des Zuchthauses freigewordenen Räume für andere staatliche Zwecke verwendet werden können. 8. Die Reichsregierung auf die Notlage der Stadt aufmerksam zu machen, damit sie im Rahmen der im Reichsetat verfügbaren Mittel in geeigneter Weise Hilfe leistet.

**25 Jahre Techniker-Gewerkschaft.** Die Gewerkschaftsbewegung der technischen Angestellten ist im Vergleich zur Arbeiterbewegung verhältnismäßig jung. Zwar bestand schon seit 1884 ein Zusammenschluß von Technikervereinen im „Deutschen Techniker-Verband“. Aber gewerkschaftlichen Charakter besaß dieser, Arbeitgeber und Angestellte organisierende Verband nicht. Erst 20 Jahre später wurde die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Uebergang zum Großbetrieb, mit der Einrichtung großer technischer Bureaus, das Eindringen gewerkschaftlicher Ideen in die Köpfe der schon stark proletarisierten Techniker

Die Gründung des „Bundes der technisch-industriellen Beamten“ in Berlin im Mai 1904 war daher der Ausdruck einer natürlichen Entwicklung. Die Einstellung dieses Bundes auf rein gewerkschaftliche Gedankengänge und eine sehr rührige Agitation brachte ihm eine sehr schnelle Aufwärtsentwicklung im ganzen Reiche. Andererseits zog er sich die Gegnerschaft der Unternehmer zu, die es nicht dulden wollten, daß die bisher von ihnen als eigene Hilfsstruppen gegenüber den Arbeitern angesehenen und von diesen dafür spöttisch als „Stehtragenproletariat“ bezeichneten Angestellten nun eigene Wege gingen, die sie folgerichtig an die Seite der Arbeiter führen mußten. Daraus resultierten dann zwangsläufig die Koalitionsrechtskämpfe des Bundes, deren erster vom „Verband Bayerischer Metallindustrieller“ ausgehend im Jahre 1907 großes Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte.

Es würde zu weit führen, die Geschichte dieser Kämpfe und die der weiteren Entwicklung des Bundes hier zu schildern. Ausführlich ist das in einer Festschrift geschehen, die die im Jahre 1919 aus der Vereinigung mit seinem früheren Konkurrenten, dem „Deutschen Techniker-Verband“, entstandene und unter dem Namen „Bund der technischen Angestellten und Beamten“, abgekürzt *Bu t a b*, auch bei den Arbeitergewerkschaften bekannte und im freigewerkschaftlichen *AV-Bund* an führender Stelle tätige Technikerorganisation anläßlich des 25jährigen Jubiläums des „Bundes der

technisch-industriellen Beamten“ und ihres eigenen 10jährigen Jubiläums herausgegeben hat.

Der Vorstand des *Bu t a b* und die Berliner Mitglieder werden ihr Jubiläum in einer Feier am Abend des 11. Mai in den Festräumen des Zoo und in einer öffentlichen Kundgebung am Sonntag, dem 12. Mai, im Großen Schauspielhaus feierlich begehen. — Die mannigfachen Verbindungen, die zwischen den freien Arbeitergewerkschaften und dem *Bu t a b* nicht nur durch den Kartellvertrag zwischen *AVB* und *AV-Bund*, sondern auch durch die praktische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern beider Spitzenverbände in den Betriebsstätten, den sozialen Baubetrieben und an anderen Stellen hergestellt sind, werden sicher dazu beitragen, daß das Jubiläum des *Bu t a b* auch bei den Arbeitergewerkschaften ein freudiges Interesse finden wird.

**Wie das Einkommen die Lebensweise beeinflusst.** In den Untersuchungen, die das Statistische Landesamt Hamburg über die Lebenshaltung bemittelter Familien auf Grund einer Erhebung im Jahre 1926 angefertigt hat, befinden sich auch sehr gute Uebersichten über die verschiedene Lebensweise der Familien mit niedrigem und höherem Einkommen. Die Geldsumme, die jedem Menschen zur Verfügung steht, bildet nicht nur den Maßstab aller Kultur, sondern auch der Lebensweise. Nachstehende Aufstellung gibt Aufschluß darüber, wie ein höheres oder niedriges Einkommen die Lebenshaltung der Menschen beeinflusst:

|   | Durchschnittlicher Verbrauch in Kilogramm (Stadt, Viter) |                   |                   |                   |                   |
|---|--|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
|   | weniger als 2500 Mk.                                     | 2501 bis 3000 Mk. | 3001 bis 4501 Mk. | 4501 bis 7000 Mk. | mehr als 7000 Mk. |
| Milch (Liter) . . . . .                             | 139  | 359               | 452               | 485               | 566               |
| Butter (Kilogramm) . . . . .                        | 10,13  | 14,15             | 31,47             | 53,38             | 55,20             |
| Fette (ohne Butter) . . . . .                       | 47,93  | 53,92             | 43,29             | 30,45             | 41,35             |
| Eier (Stück) . . . . .                              | 11,07  | 14,15             | 17,39             | 18,13             | 19,90             |
| Fleisch und Wurstwaren . . . . .                    | 315  | 423               | 561               | 685               | 645               |
| Fische . . . . .                                    | 97,25  | 113,40            | 117,63            | 148,35            | 172,93            |
| Pflanzliche Fette . . . . .                         | 31,87  | 35,62             | 36,44             | 48,63             | 45,33             |
| Brot . . . . .                                      | 1,62   | 1,92              | 2,11              | 2,34              | 3,55              |
| Mehl, Hülsenfrüchte, Müllerei-Erzeugnisse . . . . . | 353,20   | 352,53            | 448,45            | 523,20            | 784,80            |
| Kartoffeln . . . . .                                | 43,23  | 56,36             | 64,26             | 73,93             | 88,70             |
| Gemüse . . . . .                                    | 356,62   | 329,49            | 365,37            | 364,24            | 502,99            |
| Obst und Früchte . . . . .                          | 102,35   | 115,62            | 146,24            | 180,45            | 179,08            |
| Zucker . . . . .                                    | 61,68  | 81,35             | 127,77            | 176,37            | 264,56            |
| Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade . . . . .            | 43,15  | 50,99             | 63,05             | 76,01             | 96,27             |
|   | 13,48  | 17,40             | 14,51             | 17,56             | 19,48             |

Besser kann der Einfluß des Geldeinkommens auf die Lebensweise nicht illustriert werden. Eine Haushaltung mit einem Einkommen von weniger als 2500 Mark verbraucht nur ein Viertel der Milch der Einkommensgruppe über 7000 Mark. Bei Butter war der Unterschied noch größer. Nur bei Fetten ohne Butter überragten die niedrigen Einkommensgruppen die höheren; bei den ärmeren Familien mußte die Margarine und das billige Schmalz die teure Butter ersetzen. Im übrigen vermag jeder selbst seine Schlüsse aus den obigen Vergleichen zu ziehen. Aus der Aufstellung geht aber klar hervor, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, die Einkommensverhältnisse der unteren Gruppen zu bessern. Erst dann ist es möglich, eine einigermaßen der Kultur entsprechende Lebenshaltung zu führen.

**Wie sich der Klassenkampf der Unternehmer ausgewirkt hat.** Das Jahr 1928 war ein Jahr des schroffsten Klassenkampfes von oben. Dies kommt besonders in den Ziffern der verlorenen Arbeitstage durch Aussperrungen zum Ausdruck. Nach einem Bericht des Reichsarbeitsministeriums war in den verfloßenen Jahren folgender Ausfall an Arbeitstagen durch Arbeitskämpfe zu verzeichnen:

| Jahr           | Streit     | Verlorene Arbeitstage durch Aussperrung | durch insgesamt |
|----------------|------------|---|-----------------|
| 1924 . . . . . | 13 498 470 | 22 663 411                              | 35 861 581      |
| 1925 . . . . . | 11 259 064 | 5 845 933                               | 17 104 997      |
| 1926 . . . . . | 891 606    | 513 269                                 | 1 404 875       |
| 1927 . . . . . | 2 872 809  | 3 133 141                               | 6 005 950       |
| 1928 . . . . . | 3 332 333  | 7 118 095                               | 10 450 478      |
|                | 31 554 332 | 39 273 549                              | 70 827 881      |

Im verfloßenen Jahre gingen rund 10% Millionen Arbeitstage infolge von Arbeitskämpfen verloren. Das ist eine gewaltige Steigerung gegenüber der letzten beiden Jahre. An Zahl der verlorenen Arbeitstage sind die beiden Jahre 1924 und 1925 noch verlustreicher. Nach der Stabilisierung handelte es sich darum, die äußerst niedrigen Löhne auf eine einigermaßen vertretbare Höhe zu bringen. Deshalb die große Zahl von Bewegungen mit Arbeitskämpfen. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage durch Aussperrungen war im verfloßenen Jahre doppelt so hoch als diejenige, die durch Streiks verursacht waren. Wir haben die gesamten Ziffern der Verluste an Arbeitstagen in dem Jahrbuch für 1924 bis 1928 zusammengestellt. Man muß dabei feststellen, daß auch in den fünf Jahren zusammengekommen die Zahl der verlorenen Arbeitstage durch Aussperrungen wesentlich höher war, als diejenige durch Streiks. Das ist die Auswirkung des Klassenkampfes, wie ihn das Unternehmertum führt! Welche Werte sind durch ihn verlorengegangen. Aus den volkswirtschaftlichen Verlusten hätte die geforderte Lohnerhöhung vielleicht jahrelang gezahlt werden können. Der Kampf in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie hat einen Gesamtverlust von 5,7 Millionen Arbeitstagen verursacht. Man beachte, daß sich dieser Kampf gegen eine Maßnahme der Reichsregierung richtete.

**Die deutsche Lebensversicherung im Jahre 1928.** Im Jahre 1928 sind die Kapitalanlagen der deutschen Lebensversicherungsunternehmen um 47 Prozent, und zwar von 771 Millionen Mark auf 1 137,9 Millionen Mark, gestiegen. Vor dem Kriege verfügten die deutschen Lebensversicherungsunternehmen über Kapitalanlagen von rund 6 Milliarden Mark. Diese 6 Milliarden Mark sind in Jahrzehnten zusammengetragen worden; bei der gegenwärtigen Entwicklung des Lebensversicherungsgeschäfts dürfte es jetzt aber nur eine Frage von wenigen Jahren sein, um einen solchen Kapitalbestand zu erreichen.

Während des vorigen Jahres wurden 3,2 Millionen neue Versicherungen abgeschlossen, so daß am Jahresende ein Bestand von 9,1 Millionen Versicherungen mit 13 147,4 Millionen Mark vorhanden war. Der Anstieg der Versicherungen nach hat die deutsche Lebensversicherung bereits wieder drei Viertel des Vorkriegsbestandes erreicht.

Es ist schon die Entwicklung des deutschen Lebensversicherungsgeschäfts im allgemeinen eine außerordentlich zufriedenstellende gewesen, so kann erfreulicherweise von der gewerkschaftlichen Genossenschaftlichen Volksfürsorge festgestellt werden, daß sie besonders gut vorwärts kam. Sie wird voraussichtlich am Schluß des laufenden Geschäftsjahres einen Bestand von annähernd 2 Millionen Policen zählen.

**Heiratende Frauen mit und ohne Beruf.** Nach den „Berliner Wirtschaftsberichten“ waren in Berlin im Jahre 1927 von 40 937 heiratenden Frauen 31 696 oder 77,4 Prozent berufstätig. Gegenüber waren 9241 oder 22,6 Prozent ohne Beruf oder hatten wenigstens keine Berufsangaben gemacht. Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß wahrscheinlich manche Braut mehr oder weniger kurze Zeit vor der Eheschließung ihren Beruf aufgibt, die Zahl der heiratenden Frauen mit Beruf mithin noch größer ist. Unter den Frauen mit Beruf steht die Gruppe der in kaufmännischen Handels- oder Versicherungsbetrieben tätigen Angestellten mit 20,3 Prozent an der Spitze. Dann folgen mit 14,5 Prozent die den verschiedensten Berufen angehörigen Arbeiterinnen, Geübten und andere Hilfspersonen. Den dritten Platz nehmen die Hausangestellten mit 12,5 Prozent ein. — Man kann also annehmen, daß die übergroße Mehrzahl der heiratenden Frauen im Erwerbsleben steht. Daraus ergibt sich auch, daß viele Frauen wenigstens in der ersten Zeit der Ehe, ihre Beschäftigung beibehalten.

**BEKANNTMACHUNGEN**  
DER ANSTELLEN  
UND GAULEITUNGEN

**Berufungen:**  
5. Mai. In Weiskasser, 15 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
**Mittweida (Sa.).** Am Ort sind noch 150 Kollegen arbeitslos. Jureise nach Mittweida als Steinarbeiter ist deshalb zwecklos; zumal die Notlage unserer Kollegen von einzelnen Arbeitgebern als Lohndruck benutzt wird.  
**Frankfurt a. M.** Unserem Kollegen Heinrich Fischer, 68 Jahre alt, ist es im Monat April vergönnt gewesen, auf eine 50jährige Tätigkeit als Steinmetz bei der Firma Holzmann A.-G. zurückzublicken. Ein seltenes Jubiläum schon deshalb, weil Kollege Fischer in den jungen Jahren nur Sandstein verarbeitet. Viele andere Kollegen sah er an der Berufsfrankheit dahinsinken. Doch ihn konnte Genatter Hein nichts anhaben; noch heute hält der Arbeitsjubililar die Stellung und haßt noch feste weiter, trotz aller Gefahren, geht aber auch keiner Gemütlichkeit aus dem Wege. Der Wunsch aller Mitglieder der Jahrestelle Frankfurt a. M. ist es, daß unser Senior noch recht lange vergönnt bleibt, in aller Frische und Gemütlichkeit bei seinen Kollegen zu verweilen.  
**Hohenleuben.** Am Sonnabend, dem 11. Mai, findet im Schützenhaus Hohenleuben unser 20jähriges Stiftungsfest statt, wozu alle Freunde und Gönner eingeladen sind.  
**Seebach.** Die Kollegen der Firma Granitwerke Schwarzenbach, G. m. b. H., stehen seit Wochen in einer Lohnbewegung; es handelt sich um die Neuregelung der Stücklohnfüße. Da auf gutlichem Wege eine Einigung nicht erzielt werden konnte, haben die Kollegen geschlossen die Kündigung eingereicht. Der Betrieb ist gelperrt! Etwa im Schwarzwald reisende Kollegen beachten das unbedingt.

**BRIEFKASTEN**

**100 M. Sch.** Der Vater hat Anspruch auf Invalidenrente, wenn er dauernd krank oder dadurch um mehr als 1/3 in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt oder Vollenbung des 65. Lebensjahres. Der Antrag muß bei der zuständigen Versicherungsanstalt eingebracht werden, dazu sind nötig die Quittungskarte, die Aufrechnungsbescheinigungen, Geburtsbescheinigungen der Kinder unter 15 Jahre, ausreichende Bescheinigung über die Invalidität. Das letztere n. u. r., wenn das 65. Jahr noch nicht vollendet.  
Die Rente beginnt mit dem 1. des Monats, in dem der Versicherungsfall eintritt. Eine Rückwärtszahlung findet höchstens ein Jahr vom Tage der Antragstellung ab statt.  
Die Gebührensätze können nur an Hand der Beitragsleistungen berechnet werden. Vorschußzahlungen kommen nicht in Frage.  
Warum keine Unterschrift unter der Anfrage? Eigentlich dürften solche Anfragen nicht beantwortet werden.

**ANZEIGEN**

Bedeutendes Marmorwerk, Mitteldeutschland, sucht einen in Bausachen durchaus erfahrenen  
**Marmor-Techniker**  
und gleichzeitig einen umsichtigen und energischen  
**Expedienten**  
Angebote unter „Marmor 200“ befördert die Schriftleitung.

Suchen sofort  
**5Steinsetzer**  
für Kleinplaste  
Beck & Zindel, Lage-Lippe

Für sofort gesucht  
**jüngerer Steinmetz**  
für Kunst- und Sandstein  
Gebr. Dörgeloh  
Vlotho a. d. Weser (Westf.)  
Fennrut 108

Der Reiche mit Benzigestank  
Vergiltet sich die Lungen.  
Mein **Lindcar-Rad!** Dir gilt mein Dank,  
Dich preisen tausend Zungen!

Stetnbruchschuhe,  
in bekannt guter Qualität, handgearbeitet, pro Paar Mark 14.75  
Preisliste auf Anfrage  
Herm. Webers  
Berufsschuhwerk  
Bad Godesberg

**Pflasterhämmer**  
aus bestem Schweißstahl  
Rammen, Brechstangen  
und sämtliche Werkzeuge  
für den Straßenbau  
liefert auch nach außerhalb  
**Otto Teske, Berlin N 31**  
Brunnenstraße 32

**GESTORBEN**

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)  
In Frankenstein (Schles.) am 31. März der Hilfsarbeiter Heinrich Klein, 46 Jahre alt, Freitag.  
In Dresden am 3. April der Steinsetzer Ernst Tauscher, 60 Jahre alt, nach 6 Wochen Krankheit an Jen Folgen eines Sturzes.  
In Metten am 11. April der Hilfsarbeiter Joh. Bauer, 67 Jahre alt, Schlaganfall.  
In Flensburg am 11. April der Steinsetzer Friedrich Bartelsen, 43 Jahre alt, nach neunmonatiger Krankheit, Herzschlag.  
In Tröstau am 11. April der Brecher Heinrich Müller, 53 Jahre alt, 6 Monate lungenkrank. Am 18. April der Granitsteinmetz Johann Müller, 46 Jahre alt, ein Jahr lungenkrank.  
In Kamenz am 13. April der Granitsteinmetz Hermann Lesche, 55 Jahre alt, 3 Wochen krank, Darmoperation.  
In Berlin am 20. April der Granitsteinmetz Paul Horwath, 58 Jahre alt, 5 Monate krank, Lungentuberkulose.  
In Gefrees am 20. April der Granitsteinmetz Wolfgang Sommerer, 60 Jahre alt, 6 Jahre lungenkrank.  
In Nebra am 21. April der Sandsteinmetz Hermann Hädicke, 44 Jahre alt, 3 Monate herzkrank.

EHRE IHREM ANDENKEN  
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Drud: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.



Reichsarbeitsgericht und Maifeier

Die Landarbeiter eines Gutes auf der Insel Rügen hatten, soweit sie Mitglieder des Deutschen Landarbeiterverbandes waren, beschlossen, den 1. Mai zu feiern. Die Betriebsvertretung gab von diesem Beschluß dem Gutsbesitzer Kenntnis. Die Arbeiter hatten nicht die Absicht, den ganzen Tag zu feiern, sondern sie wollten von 12 Uhr mittags ab den Betrieb verlassen, um an den Nachmittagsfeiern teilnehmen zu können. Alle Vorbereitungen, wie Bereitstellung des Futters zum Füttern des Viehbestandes, damit der Betrieb nicht leidet, waren getroffen. Eine Anzahl Arbeiter hatten es übernommen, im Betriebe zu bleiben und die Fütterung vorzunehmen. Trotzdem verweigerte der Gutsbesitzer den beantragten Urlaub unter Androhung der fristlosen Entlassung wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung. Die Arbeiter blieben jedoch bei ihrem Voratz, verließen den Betrieb und nahmen an der Maifeier teil. Am darauffolgenden Tage wurden die drei Betriebsratsmitglieder fristlos entlassen.

Daraufhin erhoben die drei fristlos entlassenen Betriebsratsmitglieder Klage auf Barlohn und Deputat sowie auf Feststellung, daß ein Grund zur fristlosen Entlassung nicht vorgelegen habe. Das Reichsarbeitsgericht in Straßburg gab mit Urteil vom 14. Juni 1928 der Klage statt. Auf die Berufung des Gutsbesitzers hat sich das Landesarbeitsgericht in Stettin mit Urteil vom 27. Juli 1928 mit folgender beachtlichen Begründung dieser Auffassung angeschlossen:

In einem demokratischen Staat wie es das Deutsche Reich ist, ist es dem Arbeitgeber durchaus zugemutet, daß er den politischen Ansichten der Arbeiter gegenüber duldsam ist und auf die Maifeier, der große Teile der Arbeiterschaft mit leidenschaftlicher Hingebung anhängen, gebührende Rücksicht nimmt. Eine beharrliche Arbeitsverweigerung liegt in diesem Falle nicht vor. Denn es war eine ernsthafte Gefährdung des Wirtschaftsbetriebes des Arbeitgebers von den Arbeitern nicht beabsichtigt. Eine solche Störung ist auch nicht eingetreten, da die maifeiernden Arbeiter im Gegenteil auf den Betrieb die gebotene Rücksicht genommen haben. Ein Grund zur fristlosen Entlassung lag daher nicht vor.

Die hiergegen von dem Gutsbesitzer bei dem Reichsarbeitsgericht eingelegte Revision wurde in der Sitzung des Reichsarbeitsgerichtes vom 6. März 1929 verhandelt (RAG. 440, 441 und 446/28). Der Revision des Gutsbesitzers wurde stattgegeben. Die Urteile der Vorinstanzen wurden aufgehoben, die Klage der drei Betriebsratsmitglieder wurde abgewiesen. Das höchste Gericht erklärt, daß der 1. Mai in Preußen kein gesetzlicher Feiertag ist und daß die Arbeitsverweigerung an diesem Tage gegen den Willen des Arbeitgebers ein Grund zur fristlosen Entlassung sei. Auf den Einwand der drei Landarbeiter, daß Gutsbesitzer zu Feiern und Kundgebungen des Landbundes Arbeiter selbst in der Zeit der Heuernte und auf ganze Tage beurlaubt haben, sowie aus diesem Anlaß ihre Betriebe ganz hätten feiern lassen, erwidert das Reichsarbeitsgericht:

„Rechtlich ist das Feiern des Betriebes, das der Arbeitgeber aus parteipolitischen oder wirtschaftspolitischen Gründen anordnet, dem eigenmächtigen Feiern des Arbeitnehmers nicht gleichzustellen. Denn der Arbeitnehmer hat ein Vertragsrecht nicht auf Fortgang des Betriebes, sondern auf seinen Arbeitslohn, der ihm sicherlich bei Feiern aus solchem Anlaß bewahrt bleibt. Dem Arbeitgeber wird aber bei der eigenmächtigen Arbeitsaussetzung des Arbeiters sein Vertragsrecht vorenthalten.“

Diese Entscheidung des höchsten Gerichtes ist wiederum ein bedauerlicher Beweis für das vollkommene Versagen des Reichsarbeitsgerichtes gegenüber den wirklichen Vorgängen im Arbeitsleben. Für das höchste Gericht war der Streit nur ein solcher wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung, auf den die Grundzüge des Reichsarbeitsgerichtes einfach anzuwenden waren, woraus sich ergab, daß die fristlose Entlassung berechtigt war. Die tieferen Gründe dieses Streites schieden bei der Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichtes vollkommen aus. Für das Reichsarbeitsgericht ist es gleichgültig, was Millionen Arbeiter erstreben. Der § 242 BGB.:

„Der Schuldner ist verpflichtet, die Leistung so zu bewirken, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern.“

den das Reichsarbeitsgericht sonst bei allen möglichen und unmöglichen Materien mit Vorliebe anwendet, schied in diesem Falle für das höchste Gericht aus, trotzdem die Maifeier für viele Millionen Arbeiter längst zur Verkehrsmitte geworden ist.

In seiner grundsätzlichen Entscheidung über die Tragung des Betriebsrisikos — RAG. 72/28 — (siehe „Arbeitsrechts-Praxis“, Jahrg. 1928, S. 208, besonders S. 209) hat das Reichsarbeitsgericht festgestellt, daß die Belegschaft nach dem heutigen Stande des Arbeitsrechtes das Recht einer „unterstützenden Mitwirkung

bei der Leitung des Betriebes“ hätte. Aus diesem Grundsatz soll sich aber nur ergeben, daß die Belegschaften unter Umständen das Betriebsrisiko infolge von Betriebsstörungen und dadurch bedingtem Arbeitsausfall in soweit mitzutragen haben, als sie für die ausgefallene Arbeitszeit keinen Lohnanspruch besitzen. Im übrigen hat das höchste Gericht der staunenden Arbeiterklasse bis heute noch nicht verraten können, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen die Belegschaften das Recht der unterstützenden Mitwirkung bei der Leitung des Betriebes haben. Würde aber das Reichsarbeitsgericht diesen von uns für falsch gehaltenen Grundsatz gleichmäßig anwenden, dann würde es in dem vorliegenden Maifeierstreit zu der Erkenntnis gelangt sein müssen, daß eine Belegschaft, der eine unterstützende Mitwirkung bei der Leitung des Betriebes zukommt, doch wenigstens auch soweit zu bestimmen haben muß, daß sie sich an einem bestimmten Tage auf wenige Stunden freimachen kann, wenn sie alle Vorkehrungen getroffen hat, daß der Betrieb keinen Schaden erleidet.

Die in Wirklichkeit nicht vorhandene soziale Arbeits- und Betriebsgemeinschaft wird nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von den arbeitsrechtlichen Wissenschaftlern bekämpft. Das höchste Gericht wird immer erneut darauf verwiesen, daß seine Grundzüge unhaltbar sind. Welche nachteiligen Wirkungen diese Grundzüge auslösen, ergibt sich z. B. aus der Entscheidung RAG. 211/28 (siehe „Arbeitsrechts-Praxis“, Jahrg. 1929, S. 33), wo das Reichsarbeitsgericht, wenn die Förderung der Produktion das erfordert, eine Arbeitspflicht der Arbeiter im Rahmen der gesetzlichen Arbeitszeitregelung begründet und aus der Entscheidung RAG. 239/247/28 (siehe „Arbeitsrechts-Praxis“, Jahrgang 1929, S. 58), wo vom höchsten Gericht Wertmeistern zugemutet wird, während einer Absperrung, weil sie der Arbeitgeber mit Meisterarbeit nicht beschäftigen kann, auf ihr Gehalt zu verzichten.

Empfehlenswerte Schriften aus unserem eigenen Verlag:

Die Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter

Von ALEXANDER KNOLL. Reich illustriert. Band I und II. Pro Band 10 Mark, für Verbandsmitglieder 8 Mark

Der alten Steinmehlen Recht und Gewohnheiten

Von RUDOLF WISSELL. Preis 2.50 Mark, für Verbandsmitglieder 1.50 Mark

Alle diese Nachteile für die Arbeiterklasse sollen sich aus dem nach Auffassung des Reichsarbeitsgerichtes von dem § 242 BGB. getragenen Grundsatz der unterstützenden Mitwirkung an der Leitung des Betriebes ergeben.

Mit einer derartigen Rechtsprechung können und werden sich die Gewerkschaften in keinem Falle abfinden. Wir haben heute noch unbestreitbar und unbetritten die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die Arbeitgeber sind die Besitzer der Produktionsmittel, die Arbeiter sind nur die Besitzer der Arbeitskraft. Wenn ein Arbeitgeber mit einem Arbeiter vereinbart, daß ihm derselbe seine Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit täglich zur Verfügung zu stellen hat, dann kommt es eben nicht darauf an, aus welchen Gründen der Arbeitgeber unter Umständen den Arbeiter für längere oder längere Zeit nicht beschäftigen kann, sondern der Arbeitgeber hat dem Arbeiter den Lohn zu bezahlen, solange die getroffene Vereinbarung nicht rechtswirksam aufgekündigt ist. Das ist der individualistische Grundsatz, der sich aus dem gesamten bürgerlichen Gesetzgeb. ergibt, das heute noch in Geltung ist. Soweit das Reichsarbeitsgericht diesen Grundsatz bisher verlassen hat, ist das immer zum Schaden der Arbeiterklasse geschehen. Deshalb müssen die Gewerkschaften das Reichsarbeitsgericht nunmehr selbst beim Wort nehmen und den in der vorgenannten Maifeierentscheidung enthaltenen Satz: „Denn der Arbeitnehmer hat ein Vertragsrecht nicht auf den Fortgang des Betriebes, sondern auf seinen Arbeitslohn“, sehr stark hervorheben. Das ist dasselbe, was die Gewerkschaften und die überwiegende Mehrzahl der arbeitsrechtlichen Wissenschaftler ununterbrochen gegenüber dem Reichsarbeitsgericht einwenden. Wenn das Reichsarbeitsgericht diesen an sich selbstverständlichen heute noch in Geltung befindlichen Grundsatz nunmehr wieder hervorgehoben hat, muß man von ihm verlangen, daß es ihn auf alle diejenigen Fälle anzuwenden hat, wo es bisher die Grundzüge der sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft zu Ungunsten der Arbeiterklasse vertreten hat. Der Arbeitgeber ist der Besitzer der Produktionsmittel. Er hat dem Arbeiter den vereinbarungsgemäßen Lohn zu bezahlen. Wie er die Arbeitskraft des Arbeiters verwenden

kann oder nicht verwenden kann, ist allein Sache des Arbeitgebers und allein sein Betriebsrisiko.

Im übrigen leistet das Reichsarbeitsgericht mit seinen Entscheidungen erhebliche Aufklärungsarbeit. Es war den Millionen Gewerkschaftsmitgliedern schon bisher bekannt, daß die Maifeier keine Rechtsfrage, sondern eine Machtfrage ist. Die starke Hervorhebung dieses Grundsatzes durch das höchste Gericht wird zur Aufklärung in denjenigen Arbeiterkreisen beitragen, die diese Tatsache bis heute noch nicht begriffen haben.

Millionäre im armen Deutschland

Das Statistische Reichsamt hat soeben eine Uebersicht über die Vermögenssteueranlagung bekanntgegeben, die einen aufschlußreichen Einblick in die Vermögensbildung der Nachkriegszeit gewährt. Ueberprüft man das Material, so kommt man zu der Feststellung, daß es den Unternehmern und Großagariern durchaus nicht schlecht geht. Während die große Masse völlig verarmt ist, Vermögen überhaupt nicht besitzt und auch keine Aussicht hat, ein kleines Vermögen zusammenzusparen, haben die Kapitalisten in dem verarmten Deutschland ansehnliche Reichtümer gesammelt. Die amtliche Bearbeitung weist 235 Personen aus, die ein Vermögen von mehr als einer Million besitzen. Es handelt sich hierbei natürlich nur um die Millionäre, die gegenüber der Steuerbehörde den Mut hatten, als Millionäre sich auszuweisen. Die ihr Vermögen niedriger einschätzten, weniger angaben, als sie besitzen, wozu ja die Möglichkeit reichlich besteht, von denen weiß die Steuerbehörde nichts. Und daß infolge der hohen Steueranlagung die Zahl der Drückerberger nicht gering ist, ist im Reichstag von berufener Stelle wiederholt gesagt worden.

Es befinden sich 33 Personen darunter, deren Vermögen mehr als 10 Millionen beträgt und 465 Personen mit mehr als 2 1/2 Millionen. Von diesen haben 140 Personen ein Vermögen von über 5 Millionen Mark. Man staunt nicht, wenn man erfährt, daß 72 davon Großagariere sind. Es sind diejenigen Leute, die ständig in bewegten Worten über die Not der Landwirtschaft sprechen und höhere Zölle fordern, damit die Lebenshaltung der breiten Massen noch teurer wird. 17 Großagariere mit Vermögen über 5 Millionen sitzen in Niederösterreich, 8 in Bayern, 6 in der Provinz Sachsen, 5 in Oberschlesien, 4 in Westfalen und 3 in Brandenburg und Pommern. Natürlich hat auch Mecklenburg, Rheinland, Hannover und Ostpreußen seine Millionäre unter den Großagariern, aber die mit über 5 Millionen sind hier schon seltener.

In der Reichshauptstadt befinden sich 290 Millionäre, darunter 18 mit über 5 Millionen Mark. Davon sind zwei Großgrundbesitzer, 5 Bankiers und Großindustrielle und 10 Personen mit städtischem Grundbesitz. Ein Millionär nennt sich Rentner. Rund 140 Berliner verfügen über Vermögen zwischen 2 1/2 und 5 Millionen. Hamburg zählt 112 Millionäre, Leipzig 55, Frankfurt a. M. und Köln je 53, München 42, Dresden 39 und Bremen 21. Von weiteren Großstädten kann man noch anführen Düsseldorf mit 35 Millionären, Stuttgart mit 26, Chemnitz mit 21, Hannover mit 19, Essen mit 13 und Breslau mit 12.

Nach der Befanngabe waren im Jahre 1913 in Deutschland 15 500 Millionäre vorhanden. Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß die Vermögenserschätzung in der Vorkriegszeit nach ganz anderen Gesichtspunkten erfolgt ist. Man hat sich, um gesellschaftlich etwas zu gelten, ruhig als Millionär bezeichnet, während heute kräftige Steuerabgaben damit verbunden sind. Daß diese Tatsache viele von der richtigen Bewertung ihres Vermögens zurückhält, ist durchaus verständlich. Zweitens wäre es eine bittere Ironie auf die allgemeine Verarmung der breiten Schichten, wenn heute die Zahl der Reichenvermögen noch so groß sein würde als in der Vorkriegszeit. Im Gegenteil rechtfertigt die heutige große Vermögensbildung durchaus die schärfere Besteuerung. Der Arbeiter, Angestellte und Beamte hat seine Möglichkeit, das Reich in der Steuerzahlung zu betrügen; ihnen wird der Steuerbetrag vom Einkommen sofort abgezogen. Und es wird streng darüber gewacht, daß das Reich nicht dabei zu kurz kommt.

Im übrigen zeigt die Uebersicht, daß die kleinen und mittleren Vermögen mehr zusammengedrumpft sind. Die Personenzahl mit einem Vermögen von 5000 bis 30 000 Mark ist gegenüber 1913 um 80 Prozent gesunken. Hier hat der Krieg und die Inflation Krebsauswirkungen gehalten. Sie haben das kleine Vermögen gestreut und zahllose kleine Existenzen an den Bettelstab gebracht. Heute aber ein kleines Vermögen zusammenzuburgern — eine andere Möglichkeit gab es auch früher für den kleinen Mann nicht —, das stößt selbst bei größter Einschränkung auf große Schwierigkeiten. E. N.

Der Rasierapparat

Wie er erfunden wurde.

F. K. Als Alexander der Große herausfand, daß ein Bart eine vorzügliche Handhabe für einen Feind darstellte, der einem Bärtigen den Schädel spalten wollte, befohl er seinen Soldaten, sich zu rasieren. Auf diese Weise wurde, wenn die Geschichte richtig ist, dem Rasiermesser der Weg in der westlichen Welt geebnet.

Von diesen alten Tagen bis fast zum 20. Jahrhundert blieb das Rasiermesser ziemlich unverändert — ein scharfes Messer an einem Griff. Um das Jahr 1875 herum erfand ein Sheffielder Bürger namens Hunter das erste Sicherheits-Rasiermesser, indem er das gewöhnliche Messer mit einem Schutzblech versah, um das Schneiden in die Haut zu unterbinden. Hernach wurden noch mehr Änderungen und Verbesserungen gemacht, aber die alte Grundform des Rasiermessers blieb unverändert. Erst anfangs der 1890er Jahre wurde sie radikal gemodert, und zwar durch den Amerikaner Gillette, dessen Name durch seinen Rasierapparat in alle Erdwinkel getragen worden ist.

Gillette hat selbst erzählt, wie er zu seiner Erfindung kam. Er reiste für die Crown Cork Company, die zinnerne Flaschenstöpfe mit Korüberzug erzeugte. Der Erfinder dieser Stöpfe gab dem ständig über Erfindungen grübelnden Gillette den Rat, sich auf eine Sache wie diesem Stöpsel zu verlegen, dessen Korüberzug nach einmaligem Gebrauch fortgeworfen und frisch gekauft werde, was eine sichere Gewähr für Käufer sei. Der Rat war zu einleuchtend, als daß ihm Gillette nicht beherzig hätte, der ständig nach einer gut abkassierenden Neuerung suchte.

Eines Tages des Jahres 1895 kam Gillette beim Rasieren ein Gedanke: das Rasiermesser ist im Grunde genommen doch nur eine winzige Schneidkante, der diese Rücken wie das Heft dienen nur der dünnen Schneide als Stütze. Warum nicht die Schneidkante an ein Stück Stahl machen, das gerade stark genug ist, die Schneidkante zu halten? Dann konnte die Schneidkante, die Klinge so billig hergestellt werden, daß die Konsumenten sie nach dem Gebrauch fortwerfen und neue kaufen, wie den Korüberzug der Stöpselabrik. Dem Gedanken folgten die Verwirklichungsversuche auf der Stelle. Das Problem war nun, eine Stahlklinge zu finden, die hart genug war, daß sie gut schnitt, gleichzeitig aber auch weich genug, daß sie nicht brach, sondern biegsam blieb. Gillette versuchte sein Glück mit Schloßern und Messerschmiedern und mit dem technischen Institut, aber erfolglos. Seine Freunde begannen Witze über sein Rasiermesser zu machen.

Gillette reiste weiter für die Stöpselabrik. Hierbei kam er mit einem gewissen Heilbronner zusammen, der bereit war, die nicht gerade ausfallsreiche Rasiermesser-Idee geschäftlich in die Hand zu nehmen. Dieser Geschäftsmann fand bald heraus, daß ein tüchtiger

Techniker unerlässlich sei, um die Idee praktisch auszuführen. Der Fachmann wurde in dem sehr fähigen Niderjon gefunden, der die Idee gebrauchsfertig machte und die hierfür nötige Maschinerie schuf. Die Safety Razor Co. wurde (1901) gegründet. Die Beschaffung ihres Kapitals von 500 000 Dollar war reich an Schwierigkeiten und amerikanischen Seltensheiten.

Soldaten rasieren — Kapitalisten kassieren.

Am Ende des ersten Jahres hat Niderjon den ersten Rasierapparat fertig, den seine Partner gebrauchsfähig hielten. Aber noch kein Stück war verkauft. Die Gesellschaft befand sich in finanziellen Schwierigkeiten. Auch der Absatz ließ viel zu wünschen übrig, obwohl es an geschickter und eifriger Reklame nicht fehlte. Die Wendung zum Besseren kam eigentlich erst mit dem Weltkrieg. Die Regierung brauchte für die zum europäischen Schlachtfeld gehenden Soldaten einen praktischen Rasierapparat. Auf den Gillette'schen fiel die Wahl. Das amerikanische Schabwerkzeug fand bei den Soldaten der Alliierten allgemein Anklang. Gillette's Name trat die Reihe um die Welt an. Der Absatz ging mächtig in die Höhe, und damit der Gewinn der Safety Razor Company. In welchem Maße dies der Fall, lassen ein paar Zahlen der Company erkennen.

Es wurden verkauft (alle Zahlen in tausend):

Table with 4 columns: Year, Packages of Razors, Net Profit, Dividend. Data for years 1906, 1916, 1918, 1925.

Eine neue Krise drohte der Gillette-Gesellschaft im November 1921. Ihr durch Patente geschütztes Monopol lief an diesem Tage ab. Der Gefahr wurde durch eine bombastische Reklame entgegen gearbeitet. Auf „Einen verbesserten Gillette“ wurde ein Patent genommen, der von 5 Dollar aufwärts kostete, also denselben Preis wie der alte Apparat hatte, dessen Preis nun aber auf einen Dollar herabgesetzt wurde. Dieser Geschäftstiff überwand die kritische Stunde. Wer den „verbesserten“ Apparat für 5 Dollar nicht kaufen wollte, erstand den fast ebenso beschaffenen alten für einen Dollar. Das allgemeine Verlangen nach dem Sicherheitsapparat hatte im Auslande Fabriken entstehen lassen. Besonders der deutsche Wettbewerb machte sich in Amerika fühlbar. Diese Mißlichkeit unterband die Regierung, indem sie, 1922, einen doppelten Zoll auf eingeführte Apparate und Klingen legte, wodurch der gefährliche Wettbewerber ferngehalten wurde. Gleichzeitig wurden in Kanada und England Zweigfabriken gegründet, denen ein paar Duzend ausländische Vertriebsstellen beigelegt wurden. Der Rasierappa-

rat ist so auf der ganzen Welt verbreitet worden. Davon sollen von Gillette allein 800 Millionen stammen.

Gillettes Arbeiter und Löhne.

Gillettes Betrieb zählt zu den rationalisiertersten der ganzen Welt. Er schafft immer die neuesten automatischen Maschinen an, Zeitstudien zwingen die Arbeiter zum Sparen von Sekunden, und im Jahre 1922 wurde das Bedaux-System eingeführt, um die Arbeiter sich gegenseitig antreiben zu lassen. Zu dieser Zeit waren in der Produktion etwa 1000 Frauen und 350 Männer beschäftigt. Die Lohnsätze der Frauen schwanken zwischen 20 und 35 1/2 Cent die Stunde, die der Männer zwischen 35 und 63 Cent. Hierzu sind noch mit der Einführung des Bedaux-Systems Zuschläge für alle Arbeit gekommen, die über den Standardtag hinausgeht.

Die Haltung der Gesellschaft zu ihren Arbeitern ist patriarchalisch. Sie können sich organisieren in — Spiel- und Regellubs. Viel Aufsehen wird von dem Betriebsrat gemacht, den die Gesellschaft in der Fabrik in Boston hat bilden lassen. Die Arbeiter erhalten Knöpfe, woran ihre Dienstjahre erkenntlich sind. Die Angestellten werden zum Kauf von Gillette-Aktien animiert. Die Betriebszeitung, „Die Gillette-Klinge“ enthält zahlreiche Notizen von Heiraten, Geburten und gleich wichtigen Begebenheiten. Gillette selbst übt sich in sozialpolitischen Dingen. Er hat sogar einen Plan veröffentlicht für die Rettung des Weltalls. Seine Theorie beruht auf dem Gedanken, daß sich die Welt als eine Volksgemeinschaft organisieren müsse.

Das braucht Gillette's Verdienst nicht zu verkleinern. Ihm ist es in sehr hohem Maße zu verdanken, daß die ganze Welt ein einfaches und billiges Rasierwerkzeug erhalten hat und daß Millionen Männer heute Selbstrasierer sind, wodurch sie Geld und kostbare Zeit sparen.

Welche Bedeutung der Rasierapparat erlangt hat, wissen die berufsmäßigen Rasierer am besten. Den Niedergang ihres Geschäftes schreiben sie mit Recht dem Rasierapparat in erster Linie zu. Doch als die Not der Rasierer und Friseur am größten war, erstand ihnen ganz unerwartet ein Retter: der Bubikopf. Was die kühnsten Sozialrevolutionäre nicht in ihren verwegenen Träumen zu träumen gewagt hatten, wurde wie ganz von selbst Wirklichkeit: die Frauen ließen sich die Haare schneiden und gar auch rasieren, und dies an Stellen, die der Selbstrasierer nicht erreichen kann. Dazu war die kunstgeübte Hand eines Mitmenschen nötig. So kam das Geschäft der Rasierer und Friseur, die sich durch den Rasierapparat schon auf den Weg in andere Berufe getrieben sahen, eine neue und eine prächtigere Blüte. Sie wird andauern. Dafür birgt die Beharrlichkeit der Frauen. Vielleicht auch ihre Dankbarkeit. Denn wie können sie einen Beruf verkommen lassen, der durch Scheren und Schaben soviel zur Verschönerung der Herren der Schöpfung beigetragen hat?



# Die Frage der Exportförderung

Exportförderung, Exporthilfe, Exportsteigerung — wo man auch hinschaut, überall schallt einem eines dieser Worte entgegen. Der Reichsverband der deutschen Industrie widmet diesem Problem die größte Aufmerksamkeit. Einige Sonderdrucken wurden von ihm herausgebracht. Der deutsche Industrie- und Handelsstag beschäftigt sich in seiner letzten Sitzung ebenfalls damit. Es vergeht wohl keine Tagung von irgendeinem Unternehmerverband, wo die Frage der Exportförderung nicht in irgendeiner Form erwähnt wird. Deshalb dürfte es an der Zeit sein, vom Standpunkt der Arbeiterchaft einiges zu sagen.

Unser kleiner Planet, Erde genannt, wird in allen Winkeln nach Absatzgebieten abgesehen. Der Krieg hat die Industrialisierung in allen Weltteilen gefördert. Jeder Staat, der nur halbwegs die Grundlage dazu hat, versucht sein Möglichstes, um in der Erzeugung industrieller Produkte Selbstversorger zu werden. Dafür wird nicht nur die ganze Kraft des Landes eingesetzt, es werden auch Staatsmittel in gewaltiger Höhe dafür geopfert. Neben der Errichtung neuer Industrien und Produktionswerkstätten wurden die bestehenden erweitert und verbessert. Die so errungene Produktionskraft geht in der Regel weit über die Leistungsfähigkeit des eigenen Landes hinaus. Die Folge ist der Drang nach Ausfuhr. Doch zuvor sperrt man die Grenzen mit hohen Schutzzollmauern ab, damit der Inlandsmarkt der eigenen Industrie möglichst unumschränkt erhalten bleibt. Die Errichtung hoher Schutzzollmauern hat sich als Fluch der bösen Tat erwiesen; wo Wöses fortreizend das Vieh muß gebären. Schlechte Beispiele haben gute Sitten verdorben. Obwohl jeder Staat seine überflüssigen Produkte in anderen Ländern abzusetzen trachtet, so möchte er aber selbst keine fremden Produkte hereinlassen. Die Internationale Handelskammer, die Weltwirtschaftskonferenz, der Völkerverbund und öffentliche Stellen, sie alle haben mit mehr oder weniger Geschick den Warenströmen von Land zu Land eine Gasse zu bahnen versucht. Leider mit wenig Erfolg. Noch immer ist Protektionismus in allen Ländern Trumpf. Ja, es sind Bestrebungen im Gange, den internationalen Warenhandel noch mehr durch Zollschranken zu hemmen. So liegen die Tatsachen.

Es ist kein Zweifel, daß sich Deutschland in einer eigentümlichen Lage befindet. Der verlorene Krieg, die Kapitalverluste durch die Währungszerstückelung, die Verzinsung der Auslandsanleihen, die Bezahlung hoher Reparationsforderungen, alles das sind Dinge, die es erforderlich machen, nach Absatz deutscher Produkte auf dem Weltmarkt zu suchen. Hinzu kommt noch der harte Zwang, ausländische Rohstoffe einzuführen zu müssen. Als Veredelungsland mit wenigen Rohstoffquellen müssen jährlich große Mengen Rohprodukte und Halbwaren eingeführt werden. Dazu sind Devisen notwendig, die zum größten Teil durch die Ausfuhr von Waren herangebracht werden müssen. Da taucht die Frage auf, ob das Wohl und Wehe, ja die zukünftige Entwicklung Deutschlands überhaupt, von der Steigerung der Warenausfuhr abhängig ist. Doch bevor wir diese Frage beantworten, erscheint eine Untersuchung notwendig, wie sich die deutsche Ausfuhr entwickelt hat.

| Jahr                      | Einfuhr | Ausfuhr | Fertigwarenausfuhr | Fertigwarenausfuhr |
|---------------------------|---------|---------|--------------------|--------------------|
| (in Millionen Reichsmark) |         |         |                    |                    |
| Monatsdurchschnitt 1925   | 1030    | 733     | 552                | 385                |
| " 1926                    | 833     | 815     | 580                | 467                |
| " 1927                    | 1186    | 852     | 629                | 417                |
| " 1928                    | 1166    | 970     | 708                | 503                |
| Januar . . . . . 1929     | 1319    | 1036    | 760                | 546                |
| Februar . . . . . 1929    | 1017    | 921     | 690                | 508                |
| März . . . . . 1929       | 1022    | 931     | 691                | 503                |

Diese Zusammenstellung läßt die ständige Zunahme der deutschen Ausfuhr recht deutlich hervortreten. Namentlich hat sich die Fertigwarenausfuhr wesentlich verbessert. In obigen Zahlen sind die Reparationsauslieferungen nicht enthalten, so daß bei deren Hinzurechnung noch ein besseres Bild entsteht. Die Ausfuhr der ersten Monate dieses Jahres ist durch das abnorme Winterwetter ungünstig beeinflusst worden. Der Außenhandel des Jahres 1928 dürfte nicht nur in Markt ausgedrückt, sondern auch nach dem Gewicht der ein- und ausgeführten Waren den Stand von 1913 wieder erreicht haben. Diese Entwicklung geschah ohne nennenswerte Hilfe seitens der öffentlichen Stellen. Der Ruf nach Förderung der Ausfuhr geht letzten Endes darauf hinaus, daß öffentliche Mittel zur Erhebung derselben eingesetzt werden. Nun darf allerdings nicht der Eindruck entstehen, als wenn das Reich bisher nichts getan habe. Dem ist nicht so. Wir erinnern nur an die Kredite, die im Rahmen der Exportkreditversicherung nach Rußland eingesetzt wurden. Doch die Industrie und der Exporthandel wünscht, daß die Hilfe der öffentlichen Hand in Zukunft wesentlich verstärkt in Erscheinung tritt.

Es erhebt sich nun die Frage, ob auch die Arbeiterchaft die Ausfuhrförderung mit öffentlichen Mitteln als notwendig erachtet. Sie hat sicher ein Interesse daran, daß der Wirtschaftsapparat voll ausgenutzt wird. Von der gesamten deutschen Produktion werden ungefähr 20 bis 25 Prozent exportiert. Eine verstärkte Ausfuhr von Fertigwaren würde naturgemäß den Arbeitsmarkt entlasten, die Wirtschaftslage erleichtern und für die bessere Verzinsung der im Ausland aufgenommenen Gelder sorgen. Das Institut für Konjunkturforschung nimmt an, daß die vermehrte Ausfuhr der letzten Monate ungefähr 150 000 Arbeiter mehr zu beschäftigen vermöchte. Eine weitere Steigerung würde ähnliche Wirkungen haben. Der Arbeitsmarkt würde entlastet und der Produktionsapparat besser ausgenutzt werden können. Die Arbeiterchaft kann nicht Gegner einer solchen Entwicklung sein. Von den Unternehmern wird aber in der Regel eine andere Forderung damit verbunden, nämlich die, mit jeder Lohnerhöhung Schluß zu machen, damit billiger produziert werden kann. Teilweise wird sogar eine Ermäßigung der Löhne als ein wesentliches Mittel der Exportförderung betrachtet. Es kann natürlich keine Rede davon sein, Exportförderung mit Hilfe von niedrigen Löhnen zu treiben. Eine Forderung solcher Art wird von uns entschieden bekämpft.

Schließlich ist auch daran zu denken, daß der Binnenmarkt den allergrößten Teil der deutschen Produktion aufnimmt. Es wird niemand behaupten wollen, daß der Binnenmarkt soweit gesättigt ist, daß er nicht mehr aufnahmefähig sei; vielleicht wenn man die vorhandene Kaufkraft ins Auge faßt. Anders sieht aber das Bild aus, wenn man nicht die künstlich gedrosselfte Kaufkraft, sondern die wirkliche Konsumfähigkeit in das Blickfeld der Betrachtungen zieht. Ein lehrreicher Vergleich fällt uns hierbei ein: Einer der Haupter der Exportförderung ist der Porzellanindustrielle, Geheimrat Rosenthal. Die deutsche Porzellanindustrie hat bei ihren anerkannten Qualitätserzeugnissen manches Absatzfeld im Ausland verloren, weil andere Länder, teilweise gefördert durch niedrigere Löhne, billiger zu liefern vermochten. Die deutsche Porzellanindustrie hat aber auch im vorigen Jahre durch rege Werbetätigkeit den Absatz im Innern zu verbreitern versucht. Dabei wurde eine Statistik veröffentlicht, daß der deutsche Porzellanverbrauch je Kopf und Jahr durchschnittlich 1 Mark beträgt, während die skandinavischen Länder je Kopf für 8 Mark Porzellan jährlich verbrauchen. Angesichts dessen liegt es doch wirklich nahe, daß man in erster Linie im Innern des Landes den Absatz zu erweitern versucht, die Bemühungen nach Steigerung der Ausfuhr kämen erst in zweiter Linie. Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute so nahe liegt?

Deshalb sind die Gewerkschaften der Meinung, daß die Steigerung des Absatzes im Inland durch Hebung der Kaufkraft nicht zurückzuführen darf. Wir anerkennen die Bemühungen, die verstärkten Anstrengungen der anderen Industriestaaten zwecks Exportsteigerung durch eine gleiche Aktivität wettzumachen. Aber immer muß dabei voransehen, daß die deutsche Wirtschaft in erster Linie berufen ist, den deutschen Käufer mit billigen und guten Waren zu versorgen.

# Gas und Wasser

In Berlin wurde eine Ausstellung eröffnet, die zwei Gegenstände des täglichen Lebens, Gas und Wasser, in ihrer Entstehung, Entwicklung und Verbrauchsfähigkeit zur Darstellung bringt. Wenn Gas und Wasser auch wenig gemeinsam haben, so doch das eine, daß sie seit Jahrzehnten von den städtischen Gemeinwesen bewirtschaftet werden. Gas ist ein Brennstoff, der aus Kohle entsteht und durch Röhren in den entferntesten Haushalte geleitet werden kann. Nebenbei ist das Gas ein Energieträger von großer Bedeutung. Seit einigen Jahren wird ein harter Kampf geführt zwischen dem Kohlenbergbau, namentlich dem Ruhrgebiet, und den städtischen Gemeinwesen. Der Ruhrbergbau glaubt durch Ferngas den allergrößten Teil Deutschlands von der Stätte der Kohlegewinnung versorgen zu können. Die Kommunen lehnen diese Art Gasfernversorgung ab und empfehlen die Gruppengasversorgung der Gestalt, daß bestimmte Bezirke in der Versorgung zu einem geschlossenen Abgabebereich zusammengefaßt und vor einigen Großwerken versorgt werden. Das Gas steht in lebhafter Konkurrenz mit ihrer jüngeren Schwester, der Elektrizität. Trotzdem die Elektrizität einen ungeheuren Aufschwung durchgemacht hat, vermochte sich das Gas sowohl als Brennstoff wie als Leuchtstoff zu erhalten.

Das Wasser ist dasjenige Gebrauchsgut, ohne das kein Leben welen zu existieren vermag. Mit dem Anwachsen der Städte und dem Steigen des Wohnungsfortschritts wird die kommunale Wasserversorgung vor immer schwierigeren Fragen gestellt. Die großstädtische Bevölkerung erwartet hygienisch einwandfreie Trinkwasser. Infolge des Wachstums der Städte steigert sich die Schwierigkeit, dies in jeder Beziehung einwandfrei liefern zu können. Da tritt die Technik auf den Plan und schafft immer neue Methoden, dieses Urelement rein und sauber an den letzten Verbraucher heranzubringen.

Die Berliner Ausstellung will „dem Fortschritt der industriellen Produktion, der Aufklärung, Belehrung und Propaganda dienen; vor allem aber auch dem Verkauf. Sie will neue Absatzquellen erschließen und die bisherigen Marktpositionen verteidigen“. So heißt es in dem amtlichen Führer. In der Tat wird dem Besucher ein vielseitiges Bild auf der 45 000 Quadratmeter betragenden Ausstellungsfläche geboten. Der Eindruck, der dem Besucher in jedem Falle empfängt, ist großartig. Mächtige Maschinen und Apparate zeigen, wie die Gasproduktion die fertigverarbeitende Industrie befruchtet und wie auf der anderen Seite die Verwendung dieses Brennstoffes wächst und wächst. In gedrängter und verständiger Form wird die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gases erläutert. Die Ausstellungsobjekte repräsentieren sich als ein lebendiges Bild von der Gasverwendung im Haushalt, Gewerbe und Industrie. Wie das Gas als leicht transportierbarer Brennstoff in der Industrie Verwendung findet, zeigen die in vollem Gange befindlichen Betriebe, z. B. eine Glashütte, eine Kunstbläse, eine Emailiererei, Großwäscherei, Plätterei, Betriebe des Nahrungsmittelgewerbes, Mufferschneiderei usw. Die ganze Schau, die sich um das Wort „Gas“ gruppiert, ist so vielgestaltig, daß es schwer ist, sie im einzelnen zu beschreiben. Man muß sie gesehen haben.

Man soll es kaum glauben, daß das Wasser einen derartig vielseitigen Ausstellungsstoff bildet. Wir sehen in der betreffenden Halle bis zur Decke ragende Bogen aus gußeisernen Röhren, Riesenventile, ferner große Filteranlagen, Apparate zur Wasserreinigung, Pumpwerke und vieles mehr. Zahlreich sind auch die Darstellungen der Wasserversorgungsanlagen verschiedener Städte. Besonders beachtenswert ist ein Modell der Quellwasserreinigung der Stadt Wien. Den Abschluß gibt ein großer Wasserfall, der dem des Berliner Kreuzberges nachgebildet ist. Die Gruppe Badewesen, in der neben Strands-, Fluß- und Gartenbädern auch Badeeinrichtungen für Wohnungen, Fabriken, Schulen gezeigt werden, dürfte besonderes Interesse hervorrufen. Das Gleiche ist von dem Feuerwehrewesen zu sagen.

Da es keinen Menschen gibt, der mit Gas und Wasser nicht in Berührung kommt, ist diese Ausstellung für jedermann von Interesse. Namentlich die Hausfrauen werden mit Staunen ansehen, welche Hausarbeit mit einem Kubikmeter Gas geleistet wird. Sie werden Belehrungen finden, wie im Haushalt sowohl das Gas wie auch das Wasser praktische und sparsame Verwendung finden. Erwähnt mag noch werden, daß der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband die Ausstellung ebenfalls besichtigt hat und in einer Koje plastisch zeigt, was für die Arbeiterchaft der Gas- und Wasserwerksbetriebe in lohnpolitischer und sozialpolitischer Beziehung geleistet wurde.

# Die internationale Genossenschaftsbewegung — ein neues Wirtschaftsfundament

—ii. Der Internationale Genossenschaftsbund, dem in 33 Ländern der Welt 45 Zentralverbände genossenschaftlicher Organisationen angehören, bringt allmählich zuverlässigere statistische Feststellungen über den Umfang der genossenschaftlichen Wirtschaftsbewegung heraus, als es früher der Fall war. So erfährt man aus den Statistiken der angeschlossenen Organisationen für das Jahr 1927, daß die verschiedenen, im Bund vertretenen Genossenschaftsarten einen Gesamtmitgliedsstand von 51 1/2 Millionen Familien besitzen, was einer Bevölkerungszahl von 200 Millionen Seelen entspricht. Es ist eine gigantische Organisationsziffer, wenn man bedenkt, daß Deutschland, England, Frankreich und Italien zusammen nur eine Bevölkerung von 190 Millionen Seelen besitzen. Von diesem Gesamtmitgliedsstand entfallen auf: Konsumgenossenschaften 60,07 Prozent, landwirtschaftliche Genossenschaften 22,49 Prozent und Kreditgenossenschaften 16,95 Prozent, also auf die wichtigsten Genossenschaftsarten zusammen 99,51 Prozent.

Was die Konsumgenossenschaften anbelangt, die in 39 Zentralverbänden organisiert sind, so beläuft sich deren Zahl auf 43 498 Vereine mit 31,2 Millionen Familien, also wiederum einer Bevölkerungsziffer, die mit 124,8 Millionen die doppelte Bevölkerungszahl Deutschlands erreicht. Ihr Warenumlag betrug im Jahre 1927: 1312,2 Millionen Pfund Sterling = 26 1/2 Milliarden Reichsmark — ein Betrag, der dem gesamten Innenhandel Deutschlands (30 Milliarden) gleichkommt. Und der Wert der konsumgenossenschaftlichen Warenerzeugung ist unter sorgfältigster Berücksichtigung der 28 verschiedenen nationalen Geldwährungen auf 119 1/2 Millionen Pfund Sterling = 2385 Millionen Reichsmark berechnet.

Zur Finanzierung dieser wirtschaftlichen Güterbewegung dient ein Anteilkapital der Mitglieder im Betrage von 109,1 Millionen Pfund Sterling = 2182 Millionen Reichsmark, 50,1 Millionen Pfund Sterling Reserven = 1002 Millionen Reichsmark, 180,5 Millionen Pfund Sterling Leihkapital = 3610 Millionen Reichsmark und 21,8 Millionen Pfund Sterling Spareinlagen = 436 Mill. Reichsmark. Insgesamt werden also mit einem Betriebskapital von 7230 Millionen Reichsmark ein Warenumlag von 26 1/2 Milliarden Reichsmark und eine Warenerzeugung von 2385 Millionen Reichsmark finanziert — worin sich die Rationalisierung der konsumgenossenschaftlichen Warenerzeugung im stärksten Ausmaße dokumentiert, welche aber nicht mit den privatkapitalistischen Rationalisierungsmethoden auf Kosten der Volkswirtschaft (s. Karte) und der Arbeiter und Angestellten (Arbeitslosigkeit und niedrige Einkommen) verglichen werden kann, da jene Rationalisierung einfach das Wesen der konsumgenossenschaftlichen Gütererzeugung und Gütererzeugung darstellt.

Zu diesen imponenten Ziffern der konsumgenossenschaftlichen Weltwirtschaft gehören auch noch die Warenumläge der 35 Großeinkaufsgesellschaften, welche insgesamt 362,7 Millionen Pfund Sterling = 7254 Millionen Reichsmark betragen und woran die eigene Warenproduktion mit 65,2 Millionen Pfund Sterling = 1304 Millionen Reichsmark beteiligt ist. Die Warenproduktion der Konsumgenossenschaften (2385 Millionen Mark) und ihrer Großeinkaufsgesellschaften (7254 Millionen Mark) hat also im Jahre 1927 einen Wert von 9636 Millionen Mark erreicht, er dürfte im Jahre 1928 mit 10 Milliarden Mark nicht zu hoch gegriffen sein.

So bildet bei richtiger Würdigung des Zahlenmaterials die internationale Genossenschaftsbewegung der Verbraucher ein neues Wirtschaftsfundament, das bestimmt ist, allmählich das Gebäude

der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft in ungeahntem Ausmaße zu errichten.

Jedenfalls hat die internationale konsumgenossenschaftliche Bewegung sowohl auf dem Gebiete der Warenerzeugung, wie der Warenverteilung den unwiderleglichen Beweis geliefert, daß sie als neue Wirtschaftsform technisch und finanziell der privatkapitalistischen ebenbürtig und wirtschaftlich überlegen ist. Außerdem aber durch den Mangel des Profitcharakters auch eine sittliche Vorbildlichkeit besitzt. Die breitesten Verbrauchermaßstäbe müssen ihre Energien für sie einsetzen, um ihr zum entscheidenden Einfluß in der Volkswirtschaft zu verhelfen.

# Eine internationale Bank

(JGB) Die Kommentare über die von der Reparations-expertekommission in Paris angeregte Gründung einer internationalen Bank sind so zahlreich und so verschieden, daß es schwer fällt, sich über die Ausichten und die Tragweite eines solchen Planes ein klares Bild zu machen. Obwohl gewisse Kreise behaupten, es sei für die Regelung der Reparationsfrage keine neue Institution nötig, da Parker Gilbert und seine Transferkommission die Arbeit auf diesem Gebiet in zufriedenstellender Weise erledigen, herrscht im allgemeinen Einstimmigkeit darüber, daß eine internationale Bank viel zu einer noch sachlicheren Behandlung der Frage der Begleichung der Kriegsschulden beitragen könnte. Hingegen geben die Ansichten über die sonstigen Aufgaben einer solchen Bank stark auseinander. Daß diese internationale Bank zu einer planmäßigeren Zusammenarbeit der Notenbanken, zur systematischeren Behandlung von Währungsfragen und allgemein zu gesünderen und durchsichtigeren Verhältnissen in der internationalen Bankwelt führen soll, will vielen Kreisen der internationalen Bankwelt, die gerade die bestehenden Unsicherheiten zum Gegenstand ihrer Geschäfte und Spekulationen machen, natürlich nicht einleuchten. Sie sagen, daß die Organisation der internationalen Finanzwelt das vollkommenste sei, was man sich vorstellen könne und deshalb kein Grund bestehe, an diesem Zustand etwas zu ändern. Andererseits befürchtet man in gewissen Kreisen, daß die zu gründende Bank zu einem verhängnisvollen Instrument dunkler Mächte der internationalen Finanzoligarchie und der von ihnen beherrschten Regierungen werden könnte. Endlich wird mit einem gewissen Recht gesagt, daß eine weltumfassende Institution beim jetzigen Stand der Dinge ein zu großer Schritt wäre. Es soll nicht gleich die Gründung einer schwer zu kontrollierenden und zu leitenden „Weltbank“, sondern im Interesse der Vereinheitlichung des europäischen Wirtschaftslebens die Errichtung einer europäischen Bank angestrebt werden.

Ohne Zweifel hat man vor allem zu untersuchen, welche Kreise denn eigentlich hinter dem jetzigen Vorschlag stehen. Daß man sich dabei nicht gegen den Gedanken einer internationalen Bank an sich ausspricht, liegt auf der Hand. Denn in den Kreisen der internationalen Arbeiterbewegung ist die Gründung einer solchen Bank schon vor Jahren Gegenstand von Untersuchungen und Forderungen gewesen.

Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als ob die Idee ursprünglich von deutscher Seite befürwortet worden sei. Nebenbei hat man jedoch auch gehört, daß die Amerikaner schon bei ihrer Ankunft in Paris den Plan in der Tasche trugen. Auf alle Fälle spielt Amerika bei diesen ganzen Bestrebungen eine große Rolle, und deshalb hat man auch alle Ursache, auf der anderen Seite des Ozeans nach den eigentlichen Absichten Ausschau zu halten. Das „Philadelphia Tageblatt“, ein Organ der Arbeiterbewegung, gibt dazu eine gute Gelegenheit. In einem „Der Weltbank-Plan“ betitelten Leitartikel heißt es in diesem Zusammenhang u. a.:

„Es mag nicht müßig erscheinen, rückblickend darauf aufmerksam zu machen, daß der Plan eines solchen Finanzinstituts keineswegs ganz neu ist. Bereits vor ungefähr einem Jahr fand in Newport eine Besprechung der Direktoren der britischen, deutschen und französischen Staatsbanken mit den Leitern der unter Staatskontrolle stehenden amerikanischen „Federal Reserve Banks“ statt. Diese Besprechungen waren in geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Den sonst so gemäßigten amerikanischen Journalisten gelang es ebenso wenig wie ihren ausländischen Kollegen, Einzelheiten zu erfahren. Kurze Zeit später ließ jedoch das New Yorker „Wall Street Journal“ die Sache aus dem Saß. Diese Zeitung, die bekanntlich das Organ der amerikanischen Hochfinanz ist, schrieb in einem Leitartikel diesen Unterhandlungen die größte Bedeutung zu. Die Zeitung führte u. a. aus, daß eine „einer wirtschaftlichen Völkerverliga sehr ähnliche Institution in Vorbereitung sei“ und daß es „nur natürlich“ er-scheine, wenn die Finanzleute der bedeutendsten Wirtschaftsländer die Möglichkeit eines fernerer Fortschrittes in engerer Zusammenarbeit erblickten.“

Der Zeitpunkt, die damals bereits erörterten Möglichkeiten in die Tat umzusetzen, scheint den Finanzgewaltigen der Welt nunmehr offensichtlich gekommen zu sein. Der Pariser Vorschlag einer „Weltbank“ ist ohne Zweifel das Resultat, und es ist wohl mehr als zufällig, daß gerade Dr. Schacht, der Leiter der deutschen Reichsbank, der geistige Vater dieses Planes sein soll. Wie der offizielle Draht meldet, haben sich allerdings Stimmen des Bedenkens geltend gemacht. Von deutscher, französischer und „neutraler“ Seite wird auf die ungeheure Macht hingewiesen, die sich notwendigerweise in den Händen eines solchen internationalen Finanzinstituts konzentrieren müßte. Ferner wurden die Gefahren aufgezeigt, die für die Wirtschaft der einzelnen Länder dadurch entstehen könnten. Sicherlich darf angenommen werden, daß diese Einwände die un-zweifelhaft Tendenz zur Konzentrierung des Finanzkapitals der Welt auf die Dauer ebensowenig ableiten können, als die Taten der Maschinenriemer die Durchführung der industriellen Revolution verhindern konnten. Falls daher dieser „wirtschaftliche Völkerverbund“, wie das „Wall Street Journal“ seinerzeit das Institut nannte, wirklich zustande kommen sollte, so würde dies nicht nur eine größere Konzentration der internationalen Finanzen, sondern darüber hinaus auch eine weitere internationale industrielle Zentralisation mit allen ihren Begleiterscheinungen bedeuten. Die Kritiker des Planes haben diese Möglichkeit durchaus richtig erkannt, als sie geltend machten, daß sich die Wirkung eines solchen Finanzinstituts, dessen Hauptaufgabe ja doch die Regelung der deutschen Reparationen sein soll, dennoch auch auf andere Länder erstrecken würde, die nicht direkt an den Gutmachungsleistungen beteiligt sind. Wenn auch in einem anderen Sinne, so kann doch nur unterschrieben werden, was das „Wall Street Journal“ damals sagte: „Eine Grenze der wirtschaftlichen Macht, die durch diese Zusammenarbeit der wichtigsten Banken der in der Weltwirtschaft führenden Länder geschaffen wird, ist kaum abzusehen.“

„Es kann in der Tat kaum ausgedacht werden, zu welchen Konsequenzen dieser neueste Schritt in der kapitalistischen Entwicklung führen kann. Die internationalen Trusts, die bereits vorhanden sind, würden sich auch auf andere als die bisher eingegriffenen Industrien ausdehnen. Produktion, Absatz, Preise und Arbeitsmärkte würden von einer Stelle aus kontrolliert werden. Die Arbeiterchaft Europas, Amerikas und der ganzen Welt würde in noch stärkerem Maße der kapitalistischen Ausbeutung unterliegen — da ja die Vereinigten Staaten in dieser „Liga der Nationen“ auf Grund ihrer wirtschaftlich stärkeren Stellung die Führung hätten — würde die weitere Überverbreitung Europas mit amerikanischem Kapital die sichere Folge sein.“

Europa als wirtschaftliche Satrapie Wall Streets, das ist das Ziel dieser neuen finanzkapitalistischen Konzentrationsbewegung.“ Es ist sehr bezeichnend, daß das „Wall Street Journal“ schon vor der Bekanntgabe des Planes die Institution einen „wirtschaftlichen Völkerverbund“ nannte. Offenbar handelt es sich um einen der vielen amerikanischen Versuche, die Institutionen in Genf auf die Seite zu ziehen. An die Stelle sachlicher Abstützungsbestrebungen in Genf setzt man den Kellogg-Pakt, der schon klingt und nur für die Zukunft verpflichtet, d. h. für eine Zeit, wo der Kellogg-Pakt ein Fekken Papier sein wird, wie es andere Pakte auch waren. An die Stelle der wirtschaftlichen Bestrebungen des Völkerverbundes soll nun eine internationale Bank nach amerikanischem Geschmack gesetzt werden, d. h. eine Institution, von der wir das zu erwarten haben, was unsere amerikanischen Kameraden vorausagen. Gerade dieser Versuch beweist wieder, daß bei der Gründung eines solchen Instituts für die Arbeiterchaft nur eine gewisse Garantie besteht, wenn sie sich im Rahmen des Völkerverbundes vollzieht.